



**Aus der Siedlung,  
für die Siedlung.**

**„Jeder kann alles lernen! Jawohl, jeder kann alles lernen!  
Wenn genügend Zeit und Ausdauer drauf verwandt wird und wenn die  
richtigen Lernmethoden gefunden und angewandt werden,  
dann kann jeder alles lernen.“**



**Erinnerung an die antifaschistische Pädagogin und sozialistische  
Widerstandskämpferin**

**Frida Winckelmann**

**Herausgegeben von der Anwohner\*inneninitiative „Hufeisern gegen  
Rechts“ anlässlich der Stolpersteinverlegung vor ihrem letzten Wohnort  
Malchinerstr. 47, 12359 Berlin am 12. Oktober 2022**

**Text: Jürgen Schulte, Jens Saurin, Elisa Zenck, Berlin 2022**

## **Inhalt:**

- 1. Vorwort**
- 2. Der Weg in die SPD**
- 3. Die sozialistische Schulleiterin von Birkenwerder**
- 4. Auf der Seite der entschiedenen Kriegsgegner**
- 5. Der Weg in den Thüringer Landtag**
- 6. Zurück in Birkenwerder**
- 7. Von Birkenwerder ins KZ Moringen**
- 8. Die Lehrerin im KZ Moringen**
- 9. Die letzten Jahre**
- 10. Die Wendehälsa von Birkenwerder**
- 11. Über unsere Initiative**



## 1. Vorwort

Mit der Stolpersteinverlegung für die Lehrerin Frida Winckelmann erinnern wir an eine Frau, die heutzutage weitgehend dem Vergessen anheimgefallen ist. Nachdem 1993 die nach ihr 1948 benannte Straße in Birkenwerder wieder in Bergallee umbenannt worden ist, gibt es keinen Ort mehr, der an das Wirken dieser Frau erinnert. Unser Dank gilt Heike Stange, die in einem Aufsatz das Leben der Sozialistin und Antifaschistin gewürdigt hat. Ihrer Initiative sind wir gefolgt, für Frida Winckelmann einen Stolperstein an ihrem letzten Wohnort in der Krugpfuhlsiedlung verlegen zu lassen.

Frida Winckelmanns Einsatz gegen den deutschen Faschismus sowohl am Ende der Weimarer Republik als auch während der faschistischen Herrschaft war kein spontaner moralischer Entschluss, sondern Ausfluss ihres sozialen und bildungspolitischen Engagements, das bereits während des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts begann und sich in ihrer Arbeit als Lehrerin, aber auch als Politikerin in verschiedenen Funktionen und unterschiedlichen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik fortgesetzt hat. Im Mittelpunkt ihres Wirkens stand der Kampf um eine Gesellschaft, frei von Klassenschranken, in der soziale und kulturelle Benachteiligung aufgehoben und die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben allen Menschen in gleicher Weise ermöglicht wird. Ihren Kampf zur Beseitigung von Bildungsschranken, für die Einheitsschule und für den freien Zugang zur höheren Bildung für alle Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht und sozialer sowie kultureller Herkunft, führte sie in die Reihen der Arbeiterbewegung, als deren Teil sie auch den Faschismus vor und während seiner Herrschaft bekämpfte.

Vor diesem geschichtlichen und persönlichen Hintergrund wird Frida Winckelmann zu einer Person, deren Wollen sich auch heute in der Hufeisensiedlung widerspiegelt. Ihr bildungspolitisches Ziel, in der Schulbildung neben der Wissensvermittlung auch Solidarität, Selbst- und Mitbestimmung und Achtung vor der Persönlichkeit des Individuums als Teil einer sozialen Gemeinschaft zu vermitteln, ist auch heute noch aktuell. Anerkennung und Dank gebührt den Lehrkräften, Schüler\*innen und Eltern der Schulen in und am Rande der Hufeisensiedlung, dass



Wahlplakat 2021

sie sich bemühen, diesen demokratischen Grundsätzen Rechnung zu tragen. Ihre Beteiligung an der Aktion „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, ihre Partnerschaften mit Schulen anderer Länder sowie ihr Engagement bei der Unterstützung vor Hunger, Krieg und rassistischer sowie religiöser Verfolgung geflüchteter Menschen zeugen von dieser Einstellung. Nicht zuletzt die Beteiligung an den Plakataktionen in der Hufeisensiedlung, mit denen öffentlich die Wähler\*innen dazu aufgefordert wurden, bei den politischen Wahlen der letzten Jahre rechten Parteien und ihrer rassistischen und nationalistischen Politik eine Abfuhr zu erteilen, zeigt: Schulen sind keine in sich abgeschlossenen, autonom existierende Einrichtungen, sondern Teil des öffentlichen Lebens, in dem sie ihre Bildungsarbeit auch formulieren können.

Damit finden sich in der Alltagsarbeit dieser Schulen auch Vorstellungen von Frida Winckelmann von einer nichtdis-

kriminierenden Pädagogik wieder, die den Alltag von Schüler\*innen und Lehrkräften bestimmen soll.

Angesichts der aktuellen Kriege und ihrer Auswirkungen wirft das Erinnern an Frida Winckelmann die Frage nach der Bedeutung von friedlichen Konfliktlösungen als Grundsatz menschlichen Zusammenlebens auf. Ihr Kampf gegen die Kriegsverfechter und diejenigen, die deren Politik toleriert haben, ist es wert, auch heute noch genauer betrachtet, diskutiert und für die eigene Einstellung ausgewertet zu werden.

## 2. Der Weg in die SPD

Frida Winckelmann entstammte einer bürgerlichen Berliner Familie, die ihr einen für die damalige Zeit unüblichen Bildungsweg eröffnete. Offensichtlich gehörten die Eltern zu dem Teil des Bürgertums, das Bildung als ein individuell erwerbbares Gut ansah, über das es sich als soziale Schicht definieren konnte. Vorzugsweise galt der Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen jenseits der Elementarbildung jedoch in erster Linie für den männlichen Nachwuchs. Das preußische Bildungssystem schloss konzeptionell und praktisch Frauen aus. Die öffentliche höhere Schule – das Gymnasium – zielte vor allem auf die Heranbildung von Staatsbeamten sowie auf bürgerliche akademische Berufe, wie z. B. Anwälte, Mediziner oder Apotheker. In diesen Tätigkeitsfeldern war aus Sicht des bürgerlichen Rollenverständnisses für Frauen kein Platz. Nur langsam konnte sich der Anspruch von Frauen aus dem Bürgertum auf Teilhabe am gesellschaftlichen, vor allem auch am politischen Leben im wilhelminischen Deutschland Geltung verschaffen. Das spiegelte sich auch im Bildungswesen wider. Noch 1901 wurden zwei Drittel aller höheren Mädchenschulen auf privater Basis betrieben.<sup>1</sup>

Der Kaufmann Karl Rudolf Ernst Winckelmann und seine Frau Cecilie wichen von dem vorherrschenden bürgerlichen Rollenverständnis ab, das den sozialen Raum bürgerlicher Frauen weitgehend auf das Haus beschränkte und daher eine auf Nützlichkeit und Konkurrenz im politisch-sozialen Leben ausgerichtete tiefere Bildung für die dort tätigen Männer vorsah. Die Eltern schickten ihre 1873 geborene Tochter Frida nicht nur auf eine höhere Mädchenschule, sondern ermöglichten ihr auch den anschließenden Besuch von Lehrer- und Oberlehrerseminaren sowie der Universität. Damit gehörte Frida Winckelmann zu der geringen Zahl von Frauen, die in Preußen über eine akademische Bildung verfügte und auf dieser Grundlage ab 1892 eine Lehrtätigkeit in der höheren Schule in Berlin aufnehmen konnte.

Es ist daher nicht überraschend, dass ihre Berufsvorstellung gepaart war mit der Forderung nach Beseitigung von Bildungsschranken für benachteiligte Kinder und Jugendliche, und zwar sowohl in geschlechtlicher als auch in sozialer Hinsicht. Während die frauenemanzipatorische Forderung nach beruflicher und bildungsmäßiger Gleichberechtigung von Mann und Frau eine Hinwendung zu dem von Louise Otto-Peters 1865 gegründeten „*Allgemeinen Deutschen Frauenverein*“,<sup>2</sup> der Organisation der bürgerlichen Frauenbewegung, für Frida Winckelmann als mögliches gesellschaftliches Betätigungsfeld nahe legte, galt dieses nicht für den klassenspezifischen Charakter des preußischen Schulwesens als Instrument gegen die Entwicklung der sozialen Emanzipation der benachteiligten Klassen. Eine Verbindung beider gesellschaftlichen Emanzipationsbereiche fand Frida Winckelmann in der deutschen Sozialdemokratie. So forderte Clara Zetkin auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen 1904 ein Schulprogramm, das von drei Grundsätzen bestimmt werden sollte:

- „1. *Einheitliches Schulwesen vom Kindergarten bis zur Hochschule (...)*
2. *Weltlichkeit des Schulwesens (...)*
3. *Wissenschaftlichkeit des Unterrichts und dessen Verbindung mit der Arbeit. (...)*“<sup>3</sup>



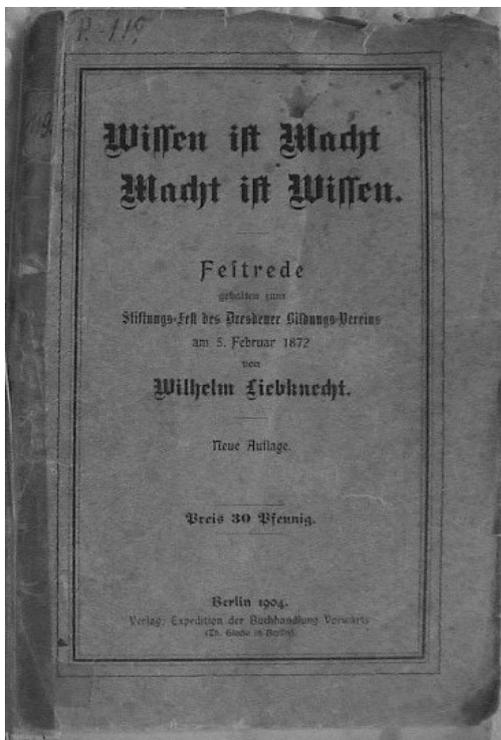
Clara Zetkin mit ihren Söhnen, ca. 1895

<sup>1</sup> Juliane Jacobi-Dietrich, Geschichte der Mädchenbildung: Erfolgsgeschichte oder Wiederholung der Chancengleichheit?, in: Inge Brandt u.a. (Hrsg.), *Feminin – Maskulin: Konventionen, Kontroversen, Korrespondenzen*, Potsdam 1989, S. 60.

<sup>2</sup> Zu Louise Otto-Peters siehe: Ilse Nagelschmidt, Johanna Ludwig (Hrsg.): *Louise Otto-Peters. Politische Denkerin und Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung*, Dresden 1996.

<sup>3</sup> Clara Zetkin, *Revolutionäre Bildungspolitik und marxistische Pädagogik, Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin 1983, S. 163ff.

Gekoppelt waren diese grundsätzlichen Positionen mit tagespolitischen Forderungen, die an die alltägliche Schulsituation anknüpften. Hier ging es um die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, kleinere Klassen, Anforderungen an die Hygiene der Schulräume sowie einer schülerorientierten Pädagogik. Aber auch eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Lehrkräfte waren hier zu finden.<sup>4</sup> Diese Forderungen standen nicht nur auf dem Papier, sondern die SPD zeigte sich auch bereit, aktiv für diese politisch einzutreten. Vor allem in den Jahren 1904 und 1905 kam es in Preußen zu heftigen Auseinandersetzungen über die Bildungspolitik, bei denen die Sozialdemokratie große Teile der Arbeitereltern mobilisieren konnte. Beeinflusst von der Diskussion und der schulpolitischen Praxis schloss sich Frida Winckelmann der SPD an. Schon damals zeigte sich die Konsequenz, mit der Frida Winckelmann ihre gewonnenen Auffassungen in die Praxis umzusetzen suchte. Ihre Unterrichtstätigkeit, die sie bis 1906 an mehreren höheren Mädchenschulen in Berlin ausübte, entsprach nicht ihrer an der sozialistischen Bildungspolitik der SPD ausgerichteten Vorstellung. Zum einen sah sie in der prinzipiellen Zuweisung von Lehrerinnen an die Volks- und Mittelschulen sowie die Beschränkung der Unterrichtstätigkeit im höheren Schulwesen auf die höheren



Mädchenschulen eine zu bekämpfende Bildungsungerechtigkeit, die sich schon in der Zahl der eingerichteten Ausbildungsseminare widerspiegelte. Um die Jahrhundertwende gab es in Preußen lediglich 8 Seminare für Lehrerinnen gegenüber 102 Lehrerseminaren. Zum anderen hielt sie, getreu dem Leitsatz von Wilhelm Liebknecht „*Wissen ist Macht – Macht ist Wissen!*“, vorgetragen 1872 auf dem Gründungskongress des Arbeiterbildungsvereins in Dresden,<sup>5</sup> die Konzentration der Arbeiterkinder auf eine völlig unzureichend ausgestattete und pädagogisch unterentwickelte Volksschule für ein Kampfmittel der Herrschenden gegen die Arbeiterklasse schlechthin. Im Jahr 1906 besuchten lediglich 7 % aller Volksschüler eine vollausgebaute Schule, während 29 % ein- oder zweiklassige Schulen durchliefen.<sup>6</sup> Die mangelnde Ausstattung der preußischen Volksschulen in dieser Zeit zeigt sich auch an den folgenden Zahlen: In 692 Volksschulklassen wurden mehr als 120 Schüler pro Klasse unterrichtet.<sup>7</sup> Der Unterricht sollte sich, so der

Reichskanzler Bernhard von Bülow im Jahre 1907, darauf reduzieren, „*dass unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die ihre glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit.*“<sup>8</sup> Angesichts dieses desolaten Zustandes der öffentlichen Elementarbildung verwundert es nicht, dass die große Mehrheit der von den höheren Bildungsgängen ausgeschlossenen Kinder und Jugendlichen der Arbeiterklasse angehörte. Clara Zetkin bezeichnete denn auch in ihrer Rede auf der Bremer Frauenkonferenz von 1904 die Volksschule als „*Armeleuteschule*“, als „*Aschenbrödel unter*

<sup>4</sup> Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens, abgehalten in Berlin vom 28.-31. Dezember 1904, Berlin 1905, S. 127.

<sup>5</sup> Wilhelm Liebknecht, *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen*. Vortrag gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Bildungsvereins am 5. Februar 1872, S. 17.

<sup>6</sup> Heinrich Schulz, *Die Schulreform der Sozialdemokratie*, Berlin 1919, S. 26.

<sup>7</sup> Otto Rühle, *Die Volksschule wie sie ist*, Berlin 1909, S. 39.

<sup>8</sup> Zit. nach: Karl Otto Uhlig, *Die Volksschule, Eine Materialsammlung zur Schulreform*, Dresden 1913., S. 109.

*den Schulen, die die herrschenden und regierenden Klassen brauchen und missbrauchen, um (...) den Geist der Kinder zu vergiften.*“<sup>9</sup>

Für Frida Winckelmanns Entscheidung, die höhere Mädchenschule in Berlin zu verlassen und sich um die Stelle der Leitung des Landerziehungsheims „*Schloss Drebkau*“ in der Nähe von Cottbus zu bewerben,<sup>10</sup> waren weitere Gesichtspunkte von Bedeutung. Auf der einen Seite waren gerade die ländlichen Volksschulen völlig unterversorgt und unterboten die Zustände in den städtischen Schulen noch deutlich. So wurden im Durchschnitt für einen Volksschüler in Preußen im Jahre 1906 immerhin 62 Mark pro Jahr veranschlagt, während für ein Landschulkind lediglich 27 Mark zur Verfügung standen.<sup>11</sup>

Auf der anderen Seite entwickelte sich um die Jahrhundertwende eine pädagogische Reformbewegung, die aus der Kritik an einer autoritären Erziehungsstruktur der bürgerlichen Familie und einer Beschränkung auf nationale und religiöse Indoktrination als Bildungsziele hervorgegangen war.

Das Bildungswesen wurde seitens der Reformpädagogik einer allumfassenden Kritik unterzogen. „*Dem Bildungswesen wurde vorgeworfen, dass es stubenhockende Menschen erzeuge und die Charaktere nicht erziehe, sie geradezu verderbe. Statt den Wissenschaften sich zu widmen, solle die Jugend sich früh in Taten üben, Selbstbeherrschung gewinnen, sich körperlich und manuell reich betätigen, mit dem beschäftigt werden, was Kindern und aufwachsenden Jugendlichen echtes Interesse abnötigt, was ihre Kräfte allseitig übt, nicht nur die des Denkens und Abstrahierens.*“<sup>12</sup>

Als Internate organisiert versuchten die Verfechter der Landerziehungsheime als Teil dieser Bewegung, soweit sie sich an dem Reformpädagogen Gustav Wyneken orientierten, Selbstbetätigung und Selbstentscheidung als Mittel der Selbsterziehung zur Grundlage des schulischen Lebens zu entwickeln. Die Schüler wurden zur Mitbestimmung in Schülerräten angeregt und entgegen dem ansonsten vorherrschenden völkisch-nationalistischen Geist und dem Führer-Gefolgschaftsprinzip sollte ein liberales Klima und eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Lehrkräften und Schüler\*innen eine demokratisch geprägte Schulgemeinde erzeugen. Der Internatsbetrieb sollte dazu dienen, den von Wyneken als einflussreich betrachteten Generationskonflikt auszuschalten, den er vor allem in der bürgerlichen Familie verankert sah. „*Jugend kann sich nicht in der bürgerlichen Familie entfalten, da bleibt sie immer ein unselbständiges Anhängsel der Erwachsenen, nach den Interessen der Erwachsenen behandelt und geformt.*“<sup>13</sup>



**Gustav Wyneken mit Schülern**

Es wäre jedoch verfehlt, Frida Winckelmanns Begeisterung für die Reformbewegung und hier vor allem in ihrer Variante der Landerziehungsheime lediglich auf den pädagogischen Blickwinkel zu reduzieren, der die soziale Frage im Kern nicht als Ausdruck der Eigentumsverhältnisse sah, sondern die Ursache der Spaltung der Gesellschaft in ihren Bildungsgegensätzen verortete. Von daher sahen viele bürgerliche Vertreter der fortschrittlichen Reformbestrebungen im Bildungswesen ihr Ziel in „*einer Wiederherstellung*“

<sup>9</sup> Clara Zetkin, Revolutionäre Bildungspolitik, a.a.O., S. 161.

<sup>10</sup> Hier unterrichtete sie u.a. auch den Sohn von Else Lasker-Schüler. Siehe: Else Lasker-Schüler, Die rotbäckige Schule, in: Vossische Zeitung, Nr. 303 vom 1.7.1910.

<sup>11</sup> Heinrich Schulz, Die Schulreform, a.a.O., S. 25.

<sup>12</sup> Andreas Flitner, Reform der Erziehung. Impulse des 20. Jahrhunderts. Jenaer Vorlesungen. München/Zürich 1992, S. 21.

<sup>13</sup> Gustav Wyneken zit. nach: Erich E. Geissler, Der Gedanke der Jugend bei Gustav Wyneken, Ffm. 1963, S. 16.

*des Zusammengehörigkeitsbewusstseins in unserem durch den wirtschaftlichen Kampf des Zeitalters auch innerlich gespaltenen Volkes.*<sup>14</sup> Als Sozialdemokratin betrachtete sie die Aufteilung in ein höheres und niederes Schulwesen als klassenbedingte Spaltung der Kinder und Jugendlichen, die es im Interesse der Arbeiterkinder zu überwinden galt. In diesem Sinne fasste sie ihr Landerziehungsheim als eine erste Keimzelle der von der Sozialdemokratie angestrebten Einheitsschule auf. In ihr sollten die dem Kind eigenen „geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung“ in seinem eigenen und im gesellschaftlichen Interesse entwickelt werden.<sup>15</sup>

Für Frida Winckelmann war die Schule, so ihre Schülerin Lotte Kornfeld, ein Ort, der bei entsprechender inhaltlicher Ausgestaltung zur Veränderung gesellschaftlicher Entwicklung beitragen konnte.<sup>16</sup> Allerdings grenzte sich ihre Einstellung deutlich von bildungsidealistischen Positionen ab, die eine Überbewertung der Bildung im Hinblick auf deren Rolle im Prozess der gesellschaftlichen Veränderungen zur Folge hatte, wie sie auch in Teilen der SPD – stellvertretend sei hier der sozialdemokratische Sozial- und Kulturpolitiker und Publizist Paul Kampfmeyer genannt – zu finden waren.<sup>17</sup> Frida Winckelmanns Haltung hielt hingegen eher an der von Wilhelm Liebknecht 1872 formulierten Position fest: *„Verzichten wir auf den Kampf, auf den politischen Kampf, so verzichten wir auf die Bildung, auf das Wissen. ‚Durch Bildung zur Freiheit‘, das ist eine falsche Losung, die Losung falscher Freunde. Wir antworten: Durch Freiheit zur Bildung! (...) Nur wenn das Volk sich politische Macht erkämpft, öffnen sich die Pforten des Wissens.*“<sup>18</sup> Bildungspolitik war für sie ein integraler Bestandteil des Klassenkampfes, des Kampfes der Sozialdemokratie um die Staatsmacht. Daher reduzierte sich ihr Engagement innerhalb der Sozialdemokratie auch nicht auf deren Schulpolitik, sondern sie nahm auch teil an der Auseinandersetzung innerhalb der SPD zwischen den revolutionären und den revisionistischen Fraktionen, wobei ihre Haltung in der Schulpolitik sich auch in der kritischen Einstellung gegenüber den politischen Vorstellungen des revisionistischen Flügels widerspiegelte. Innerhalb der SPD gehörte sie eindeutig der politischen Linken an.<sup>19</sup>

### **3. Die sozialistische Schulleiterin von Birkenwerder**

Deutlich wurde die Positionierung vor allem nach ihrer Rückkehr von Cottbus nach Berlin, genauer, in die Kleinstadt Birkenwerder in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt. Gemeinsam mit ihrer Schwester hatte sie dort in der Bergallee Nr. 1 ein kleines Haus erstanden, das das *„Wohnhaus mit abgeordnetem Stallgebäude nebst Wohnküche und Abort mit Hofraum“* umfasste.<sup>20</sup> Hier wollte sie die Arbeit, die sie in Schloss Drebkau bei Cottbus begonnen hatte, fortsetzen. Der Ort Birkenwerder schien nach Einschätzung von Lotte Kornfeld für das Vorhaben gute Voraussetzungen zu besitzen. Die von Wald und Feldern umgebene Kleinstadt hatte sich aufgrund der günstigen Bodenpreise und der Bahnanbindung nach Berlin zu einer attraktiven Wohn- und Wochenendhaussiedlung entwickelt. Hier konnte Winckelmann ihr von der Reformpädagogik Gustav Wynekens beeinflusstes Konzept entwickeln, *„einem ganzheitlichen, projektbezogenen und kindgemäßen Lernen, der Verbindung von Kopf- und*

---

<sup>14</sup> Robert Reißmann, Volksschulreform. Gesammelte Aufsätze, Leipzig 1922, S. 15.

<sup>15</sup> Karl-Heinz Günther u.a. (Hrsg.), Geschichte der Erziehung, Berlin 1988, S. 464.

<sup>16</sup> Karin Kuckuk, Im Schatten der Revolution, Lotte Kornfeld (1896-1974) – Biografie einer Vergessenen, Bremen 2009, S. 19.

<sup>17</sup> Siehe Paul Kampfmeyer, Kultursolidarität und Klassenkampfgedanke, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1910, Heft 19/20, S. 1189-1193.

<sup>18</sup> Wilhelm Liebknecht, Wissen ist Macht – Macht ist Wissen, a.a.O., S. 52.

<sup>19</sup> Hermann Weber, Andreas Herbst, Handbuch der deutschen Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, Stichwort Frida Winckelmann.

<sup>20</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit – Frida Winckelmann (1873-1943), in: Mario Hesselbarth, Eberhart Schulz und Manfred Weißbecker (Hrsg.), Gelebte Ideen – Sozialisten in Thüringen, Biographische Skizzen, Jena 2006, S. 458.

*Handarbeit in Haus und Garten, einem Leben der Eintracht mit der Natur, vielfältigen Formen der Schülermitverwaltung und musischen Erziehung.*<sup>21</sup>

Zehn Monate nach Beantragung der Konzession für die Leitung eines Landeserziehungsheims



**Birkenwerder um 1906**

in Birkenwerder erhielt sie im Juni 1912 die Genehmigung zur Eröffnung der Schule. Die Schule sollte gemäß Genehmigung als eine „*Erziehungsanstalt für schwächliche und zurückgebliebene Kinder, deren Höchstzahl 8 nicht übersteigen darf*“, geführt werden.<sup>22</sup> Nach eigener Aussage sah Winkelmann die Leitung und den Unterhalt der Schule als zentrale Aufgabe ihres damaligen Lebensabschnittes an. Da die Heimschule sich finanziell nicht

selber tragen konnte, musste Frida Winkelmann neben der Schulleitung weitere Unterrichtstätigkeiten an Privatschulen in Berlin übernehmen. Käte Duncker charakterisierte sie und ihren Einsatz für die Schule in einem Brief aus dem Jahre 1917 mit den folgenden Sätzen: „*Diese Winkelmann ist eine originelle, eigentlich recht Dickensche Figur. Also sie hat ein Landerziehungsheim, allerdings etwas primitiver Natur in Birkenwerder. Von den 16 Kindern, die sie dort erzieht, bezahlen die Hälfte gar nichts, die übrigen nicht viel. Mütter- und elternlose Kinder, solche, deren Eltern in Scheidung sind, meist arme verlassene Seelen. Und um dieses Haus zu unterhalten, unterrichtet Frl. Winkelmann an einer ganzen Reihe Privatseminarien, höheren Mädchenschulen usw. in Berlin – Mathematik, Psychologie, Pädagogik, solche Dinge die gut oder besser bezahlt werden als sonstiger Privatunterricht. Sie hat eine Pferdenatur und hält's aus und behält dabei den Humor – und das ist das Wundervollste. Die Kinder in Birkenwerder bilden eine soziale Gemeinschaft, die sich selbst alles erarbeitet, was irgend geht. Ich muss mir die Sache mal bei Licht betrachten.*“<sup>23</sup>

Der sehr kräftezehrende Einsatz war aber auch von Existenzbeginn des Landerziehungsheims an vonnöten. Von Anfang an stand die Schule unter besonderer Beobachtung der staatlichen Instanzen. Immer wieder gab es von dieser Seite Versuche, Frida Winkelmann die Konzession zu entziehen. Gründe für diese Drohung fand die Behörde in ausreichendem Maße. So wechselten nicht nur die Kinder häufig, sondern die Fluktuation unter den Lehrkräften war recht hoch. Außerdem besaßen die Lehrkräfte nicht immer die von der Schulbehörde geforderte Qualifikation. Die Inspektionen der Räumlichkeiten ergaben, dass diese sich „*in wenig gutem Zustand*“ befänden und „*auf Ordnung und Sauberkeit wenig Wert gelegt wird.*“<sup>24</sup> Gegen diese Angriffe wehrte sich Frida Winkelmann, indem sie immer wieder den sozialen Charakter dieser Bildungseinrichtung aufzeigte. Sie wies auf die Lehrerarbeitsplätze hin, die durch die Schule entstanden seien, und betonte immer wieder, dass in der Schule „*schwächliche und zurückgebliebene Kinder*“ unterrichtet würden, die zudem aus minderbemittelten Familien stammten. Um dieser sozialen Aufgabe nachzukommen, habe sie „*jahrelang die größten*

<sup>21</sup> Karin Kuckuk, Im Schatten der Revolution, a.a.O., S. 22.

<sup>22</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 458.

<sup>23</sup> Käte Duncker, Brief vom 20.6.1917, in: BArch NY 4445/138, Bl. 226.

<sup>24</sup> BLHA, Rep. ZA II NB, Nr. 447.

*pekuniären Opfer gebracht und alle anderen (eigenen – d. V.) Berufsmöglichkeiten zerschlagen.*<sup>25</sup>

Der Hinweis auf die sozial schwachen Kinder mag im ersten Jahr der Existenz des Landerziehungsheims weitgehend gestimmt haben, aber schon im zweiten Jahr seiner Existenz lässt sich belegen, dass ein erheblicher Teil der Schüler\*innen aus bürgerlichen Familien stammte. So sind in der Aufstellung über die im Jahr 1913 der Schule angehörenden Kinder u.a. folgende Berufe der Väter aufgeführt: Baumeister, Diplom-Ingenieur, Opernsänger, Schriftsteller, Rechtsanwalt und Fabrikant. Auffällig war zudem, dass fünf Schüler eine russische Staatsangehörigkeit besaßen.<sup>26</sup> Naheliegender ist, dass das Landerziehungsheim als Internat dem Aufenthalt von Kindern linker Sozialdemokraten und russischer politischer Emigranten diente, die wegen ihrer politischen Arbeit ihre Kinder dort in eine sichere Verwahrung gegeben hatten. Hinweise darauf

ergeben sich nicht nur aus dem Umstand, dass die drei Kinder von Karl Liebkecht „nach dem Tod ihrer Mutter im Jahre 1911 oft Monate lang in Birkenwerder“ gewohnt haben.<sup>27</sup> Ebenso kann die Aussage von Karl Radek, der 1912 öffentlich Kritik an Karl Kautsky aus Sicht des linken Flügels der SPD geübt hatte, anschließend aus der SPD ausgeschlossen worden war und nun illegal Kontakte zu dem im Schweizer Exil befindlichen Lenin aufgenommen hatte, als ein entsprechender Beleg angesehen werden, wenn er sich erinnerte, dass sich in Birkenwerder „die Kinder unserer illegalen Genossen“ befanden.<sup>28</sup> Auch sein Stiefsohn lebte in dem Heim in Birkenwerder. Isa von Schwarzkopf erinnert sich an ihn als Internatsschüler, als sie 1912/13 in der Schule in der Bergallee 1 als Kinderpädagogin beschäftigt war. Hier lernte sie auch ihren



Karl Radek vor dem 1. Weltkrieg

späteren Mann kennen, den linken Sozialdemokraten Josef Strasser, der wie viele andere gegen die Mehrheit der Parteiführung opponierenden linken Sozialdemokraten bei Frida Winckelmann ein- und ausgingen. In den Augen von Isa Strasser war das Landerziehungsheim in Birkenwerder ein Knotenpunkt unter den sozialen Netzwerken der II. Internationale.<sup>29</sup>

Der Umgang mit führenden linken Sozialdemokraten wie Karl und Sonja Liebkecht, Hermann und Käte Duncker, Rosa Luxemburg, Karl Radek oder Josef Strasser war auch ein Zeichen dafür, auf welchem politischen Flügel sich Frida Winckelmann innerhalb der Sozialdemokratie bewegte. Sie gehörte zu denjenigen, die sich auf den Stuttgarter Kongress der II. Internationale von 1907 beriefen und sich damit gegen Budgets wendeten, die der Erhöhung von Militärausgaben dienen sollten. Ebenso lehnten sie ein stehendes Heer ab. Im Gegensatz zu militärischen Lösungen forderten sie einen Plan zur Schaffung von Schiedsgerichten zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte. Sollte es dennoch zu einem Krieg kommen, so forderte die von Rosa Luxemburg mitverfasste Resolution, seien die Arbeiterparteien der II. Internationale „verpflichtet für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise

---

<sup>25</sup> Frida Winckelmann, zit. nach: Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 458.

<sup>26</sup> BLHA, Rep. ZA II NB, Nr. 447.

<sup>27</sup> Karin Kuckuk, Im Schatten der Revolution, a.a.O., S. 23.

<sup>28</sup> Karl Radek, zit. nach: Karin Kuckuk, Im Schatten der Revolution, a.a.O., S. 22.

<sup>29</sup> Isa Strasser, Brief an den Leser, in: Isa Strasser, Land ohne Schlaf, Wien 1970, S. 8.

zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“<sup>30</sup>

Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1914 hatte die SPD große Anti-Kriegskundgebungen organisiert und am 25. Juli dieses Jahres im „Vorwärts“ eine deutliche Erklärung eines Neins zum Krieg veröffentlicht: „Das klassenbewusste Proletariat erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. (...) Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge. Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch in Frieden knechten, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Machthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!“<sup>31</sup>

#### 4. Auf der Seite der entschiedenen Kriegsgegner

Als der Krieg jedoch am 4. August 1914 tatsächlich ausbrach und die Heere gegeneinander marschierten, stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag geschlossen und ohne jede Gegenleistung der Bewilligung der Kriegskredite zu.

Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass die SPD-Fraktion auf die Entscheidung über Krieg oder Frieden keinen Einfluss besaß. Aber eine Ablehnung wäre von großer symbolischer Bedeutung gewesen. Die SPD hätte auf diese Weise zeigen können, dass sie es ernst meinte, dem Interesse der herrschenden Klassen nicht die Arbeiterschaft auf den Schlachtfeldern Europas zu opfern. Stattdessen spekulierten die Befürworter der „Burgfriedenspolitik“ darauf, dass sich die zukünftige Lage der Arbeiterklasse mit einem siegreichen Ausgang des Krieges sicher verbessern würde. Außerdem hofften sie auf der Grundlage der gezeigten nationalen Gesinnung für die bürgerlichen Parteien, hier vor allem die liberale Fortschrittspartei sowie das Zentrum, in Zukunft koalitionsfähig zu werden und auf diese Weise die politische Ausgrenzung der Organisationen der Arbeiterbewegung zu überwinden. Mit diesen Überlegungen wurden aber SPD und Gewerkschaften zum Teil der



Junius-Broschüre, verfasst von  
Rosa Luxemburg

Kriegspolitik des Deutschen Reiches, an dessen Ende sie sich nicht von der Mitverantwortung am Krieg und damit auch an dem damit verbundenen Elend, das vor allem ihre eigene Anhängerschaft getroffen hatte, freisprechen konnte. Gegen diese Entscheidung hatte sich zunächst nur eine schwache Opposition bemerkbar gemacht, doch diese wurde im Verlauf des Jahres 1915 deutlich größer, als sich abzeichnete, dass der Krieg nicht in siegreichen Wochen beendet werden würde, sondern in einen verlustreichen und zermürbenden Stellungskrieg übergegangen war. Auch die Versorgungslage der Bevölkerung im Reich verschlechterte sich zusehend, so dass die Kriegsoption innerhalb der SPD zunahm und erste organisatorische Formen annahm. Eine dieser Zusammenschlüsse stellte die Gruppe „Internationale“ dar, später auch nach ihren Flugblättern „Spartakusbund“ genannt.<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Rosa Luxemburg, Änderungsantrag zum Resolutionsentwurf August Bebel's über die imperialistische Politik (1907), in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke (GW) Bd. 2, Berlin 1972, S. 236.

<sup>31</sup> Vorwärts, Jg. 31, Nr. 200a vom 25.7.1914.

<sup>32</sup> Ein Überblick über die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie und die organisatorische Herausbildung der Kriegsoption findet sich in: Hartfried Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ffm. 1975.

Führende Initiatoren dieser oppositionellen Gruppen waren mit Frida Winckelmann gut bekannte Sozialdemokraten wie Hermann und Käte Duncker oder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zählte sie schon vor dem Krieg zum linken Flügel der SPD, so galt dies angesichts der Kriegssituation und ihren Auswirkungen umso mehr. Krieg mit allen seinen Erscheinungsformen bedeutete das Gegenteil ihrer Bildungsideale, die sie mit ihrem Lebenswerk Schule in die Tat umsetzen wollte. Frida Winckelmann schloss sich der Spartakusgruppe an.<sup>33</sup> Über den Umfang ihrer Aktivitäten im Rahmen von Spartakus ist nichts bekannt, allerdings diente das Landerziehungsheim in Birkenwerder nun erst recht als eine Heimstätte der Kinder von Genoss\*innen, die aufgrund ihrer politischen Arbeit sich entweder in der Illegalität, im Ausland oder im Gefängnis aufhielten. Dies betraf u. a. Robert Liebknecht oder die Geschwister Henio, Theo und Mitja Rosenthal, deren Eltern wegen ihrer Antikriegsaktivitäten von den Staatsorganen verfolgt wurden. Während dieser Zeit besuchte auch die aus Danzig stammende Eleonore Haase die Schule und lernte hier ihren späteren Mann Henio Rosenthal kennen.<sup>34</sup> Eleonore Rosenthal sollte im späteren Leben von Frida Winckelmann noch eine wichtige Rolle spielen.

Als in verschiedenen Industriestädten während des Jahres 1916 Anti-Kriegsproteste und Hungerdemonstrationen stattfanden, beschloss die linke Parteioption sich über ein gemeinsames Vorgehen sowohl gegenüber der Burgfriedenspolitik des SPD-Vorstandes und der Fraktionsmehrheit als auch über eine einheitliche Agitation unter der Bevölkerung gegen die Weiterführung des Krieges zu verständigen. Am 7. Januar trafen sich 157 Sozialdemokraten aus 72 Bezirken, darunter 19 Reichstagsabgeordnete. Ihr Ziel hatten sie unmissverständlich formuliert: „An der tödlichen Schlinge der offiziellen deutschen Sozialdemokratie und der offiziellen freien Gewerkschaften, die die herrschende Klasse um den Hals der verirrtten und verratenen Massen gelegt hat, gilt es zu zerren mit vereinten Kräften, bis sie zerreißt. Und den betörten Massen gilt es in diesem schweren Kampfe beizustehen, sie treu mit der Brust zu verteidigen.“<sup>35</sup> Der SPD-Parteivorstand reagierte am 18. Januar 1917 mit Hinweis auf „das disziplinwidrige, jede Demokratie hohnsprechende Treiben dieser Sonderbündler“<sup>36</sup> mit dem Parteiausschluss der Tagungsteilnehmer.



Hungerdemonstration gegen den Krieg in Berlin 1917

Daraufhin gründeten die Ausgeschlossenen zusammen mit weiteren Oppositionellen am 6. April 1917 in Gotha eine neue Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Die neue Partei besaß den Charakter einer sozialistischen Sammlungsbewegung, die durch die Forderung nach sofortigem Friedensschluss ohne Annexionen und dem Bekenntnis zu einem sozialistischen Endziel geeint wurde. Zwar gab es keine Differenzen darüber, dass mit Hilfe von Massenstreiks das Ende der Monarchie und ein

<sup>33</sup> Theresa Wobbe, Staatsbürgerliche Rechte, Frauenbewegung und Parlamentarierinnen, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 20, Weimar 2003, S. 31.

<sup>34</sup> Siehe hierzu Karin Kuckuk, Im Schatten der Revolution, a.a.O., S. 25 und Udo Gößwald, Barbara Hoffmann (Hrsg.), Das Ende der Idylle. Hufeisen- und Krugfuhsiedlung in Britz vor und nach 1933, Berlin 2013, S. 338.

<sup>35</sup> Gracchus (Rosa Luxemburg), „Der offene Brief an die Gesinnungsfreunde“, in: Der Kampf, Nr. 31, 6.1. 19017, abgedruckt in: Rosa Luxemburg GW Bd. 4, Berlin 1974, S. 235f.

<sup>36</sup> Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am Donnerstag, dem 18. Januar 1917, o.O., o.J., S. 41.

Friedensschluss erkämpft werden müsse, aber über die politische Verfassung der neuen Gesellschaft bestanden unterschiedliche Vorstellungen. Vertreter des alten revisionistischen Flügels wie Eduard Bernstein setzten auf eine Veränderung im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie. Auf der anderen Seite standen die Verfechter einer rätedemokratischen Ordnung. Zu ihnen gehörten auch die Mitglieder der Spartakusgruppe. Mit ihnen trat auch Frida Winckelmann der USPD bei. Als Vertreterin der USPD wurde sie im Zuge der Novemberrevolution Mitarbeiterin des „Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“. Hier arbeitete sie als kompetente Fachkraft, die sich sowohl in der Theorie als auch der Praxis des Schulwesens sehr genau auskannte, an Plänen zur Einführung der Einheitsschule als Rückgrat des preußischen Schulwesens, also an der Verwirklichung der alten sozialdemokratischen Forderung aus ihrem Bildungsprogramm von 1907. Darüber hinaus



USPD-Wahlplakat 1920

entwickelte sie Überlegungen, wie eine bessere Bildung der Arbeiterschaft über ein breit gefächertes Angebot von Volkshochschulen in die Wege geleitet werden könne.<sup>37</sup> Dieses Engagement deutet darauf hin, dass Frida Winckelmann den Schritt zur eigenständigen Gründung der KPD, den viele ihrer politischen Weggefährt\*innen aus der Spartakusgruppe vollzogen, nicht beschritten hatte, sondern sich, wie viele andere Mitglieder der USPD, bemühte, die revolutionären, auf eine Gesellschaftsveränderung zielenden Maßnahmen in der alltäglichen Arbeit inhaltlich auszubauen. Hier zeigte sich, dass die USPD nicht mit einer klaren sozialistischen Alternative zur SPD gegründet worden war, sondern die Spaltung von der SPD-Parteiführung erzwungen worden war. Während vor allem die Spartakusgruppe, aber auch die Bremer Linksradikalen die Ausrufung der sozialistischen Räterepublik auf die Tagesordnung gesetzt hatten, gab es in der Mehrheit der USPD durchaus die Einstellung, die soziale Republik als Übergangsform zu akzeptieren, da ja der Sozialismus erst durch das aktive Eingreifen der Volksmassen selbst verwirklicht werden könne. Die Praxis der Revolution könne den Arbeitern von niemandem abgenommen werden, vor allem nicht von einer kleinen Minderheit, die sich als Avantgardeorganisation formiere und stellvertretend für die Arbeiterklasse den revolutionären Weg proklamiere.<sup>38</sup> Dass diese Strategie letztlich nicht von Erfolg gekrönt war, liegt sicherlich auch daran, dass die Parteikader mit den tagespolitisch-aktuellen Fragen überlastet waren, ihre Arbeit ständig mit der alten Bürokratie konfrontiert war und in den führenden Parteigremien keine klaren Vorstellungen über gesellschaftliche Umgestaltungspläne und entsprechende notwendige Entscheidungen existierten. So war die Partei häufig den Aktivitäten der Mehrheitssozialdemokratie ausgeliefert, die ebenfalls als Massenpartei agierte und im Zweifelsfall auch mit den offen konterrevolutionären Kräften kooperierte, um ihre Vorstellungen einer parlamentarisch ausgerichteten Republik durchzusetzen. Der Erfolg der SPD-Politik zeigte sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Sie ging mit 37,9 % der Stimmen als stärkste Partei aus den Wahlen hervor, die USPD kam lediglich auf

<sup>37</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 459.

<sup>38</sup> Siehe hierzu Hartfrid Krause, USPD, a.a.O., S. 112.

einen Anteil von 7,6 % der Stimmen.<sup>39</sup> Mit der Bildung einer Regierungskoalition aus SPD, der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem katholischen Zentrum waren tiefgreifende gesellschaftliche Reformen ausgeschlossen und die USPD in die Opposition gedrängt. Aus den Verwaltungen wurden nun die Verfechter der Novemberrevolution und ihrer Ziele hinausgedrängt. Dieser Prozess ging auch nicht an Frida Winckelmann vorüber. Sie musste ihre Stelle im Fachbeirat für Volksbildung des „Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ verlassen. Ob ihre Arbeit Einfluss auf die spätere Verankerung der Volkshochschule in der Weimarer Verfassung im Art. 148 gehabt hat, lässt sich nicht belegen. Allerdings war sie an dem Aufbau und der inhaltlichen Gestaltung einer anderen Einrichtung führend beteiligt. Zusammen mit dem Spartakus-Mitglied Alexander Schwab gründete Frida Winckelmann die „Freie Hochschulgemeinde für Proletarier“, eine private Volkshochschule, die im Frühjahr 1919 in „Räteschule der



Alexander Schwab

Großberliner Arbeiterschaft“ umbenannt wurde und einen starken Gewerkschafts- und Betriebsrätebezug besaß. Die Schule verstand sich als eine Einrichtung, an der Arbeiter zur Leitung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Funktionen ausgebildet werden sollten. Sie war bewusst überparteilich organisiert. Daher war sie dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zugeordnet, der einzigen Organisation, die in der Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien der Arbeiterbewegung eine gewisse Überparteilichkeit repräsentierte.<sup>40</sup> Da sich Schwab in dem folgenden Jahr zunehmend in der KAPD, der Partei der aus der KPD ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Linkskommunisten engagierte, war eine Weiterführung für Frida Winckelmann nicht mehr möglich. Es gelang ihr, 1921 die Schule an den ADGB zu übergeben, der diese bis zu ihrer Schließung 1933 durch die Nazis weiterführte.<sup>41</sup>



Unterrichtsplan der Räteschule, erstes Quartal 1920

## 5. Der Weg in den Thüringer Landtag

Trotz dieser vielfältigen Aktivitäten führte sie den Betrieb ihrer Schule in Birkenwerder weiter. Mittlerweile war sie der KPD beigetreten, deren politische Wendung von einer radikalkommunistischen, antiparlamentarischen Partei hin zu einer Partei, die im Tageskampf die Einheit der Arbeiterschaft mit der anderen großen Partei, der Sozialdemokratie, zum strategischen Ziel im Kampf um die soziale Emanzipation erhoben hatte und über politische Formen des Übergangs unter Einschluss der SPD, z. B. eine aus beiden Parteien bestehende Arbeiterregierung, nachdachte. Als eine Person, die diese Politik verkörperte, konnte der KPD-Vorsitzende Paul Levi, ein Freund und Schüler Rosa Luxemburgs, gelten. Er hatte die Praxis der KPD seit dem Januar-Aufstand 1919 in einem Artikel Ende 1919 in der theoretischen

<sup>39</sup> Lothar Wenzel, Nachdenken über die Novemberrevolution 1918, in: IG Metall Bezirksleitung Küste (Hrsg.), Matrosenaufstand und Novemberrevolution 1918, Hamburg 2020, S. 63.

<sup>40</sup> Zur Räteschule der Großberliner Arbeiterschaft siehe: Josef Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung, Opladen 2001, S. 186.

<sup>41</sup> Siehe u.a.: Diethart Kerbs: Schwab, Alexander, in: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 23, Berlin 2007, S. 771.

Zeitschrift der KPD „Die Internationale“ scharf kritisiert. „Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmende Vortrupps des Proletariats können das Werk des Proletariats vollenden. Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und gezeigt: nur die ganze Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht (...) gewinnen.“<sup>42</sup> Sein Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Alltagsarbeit in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Parlamenten und in den sozialen Einrichtungen zu gewinnen und die Sozialdemokratie zum gemeinsamen Handeln zu drängen, entsprach auch im weitesten Sinne der bisherigen Haltung von Frida Winckelmann, wie sie in ihrer Arbeit in der Schule, aber vor allem in dem Fachbereich für Volksbildung und der *Räteschule der Großberliner Arbeiterschaft* zum Ausdruck gekommen war.

Ein Resultat dieser veränderten Politik bestand in dem Zusammenschluss der KPD mit großen Teilen der USPD Ende 1920.<sup>43</sup> Die neugeschaffene Massenpartei eröffnete für Levi im Sinne der Vorstellungen Rosa Luxemburgs die Perspektive einer Einheitsfrontpolitik mit dem sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung, die sich auch auf gemeinsam formulierte Ziele bis hin zur möglichen Bildung einer Arbeiterregierung stützen sollte.<sup>44</sup> Doch die Erfolge dieser Politik führten zu einer erneuten Wende in der KPD-Politik. In maßloser Überschätzung der eigenen Kraft nutzte der linke Flügel die wegen der katastrophalen Wirtschafts- und Ernährungslage bestehende Proteststimmung unter der Arbeiterschaft aus, um einen Massenstreik in Mitteldeutschland zu initiieren, der aufgrund der zu erwartenden repressiven staatlichen Reaktion zu einer reichsweiten Solidarisierung und Ausweitung der Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft bis hin zum revolutionären Sturz der Reichsregierung führen sollte. Die „Offensivtheorie“ endete jedoch mit einer verheerenden Niederlage. Die KPD verlor mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder durch Parteiaustritte. Paul Levi, der dieses Vorgehen als politisches Verbrechen bezeichnete, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Der mühsam gewonnene politische Einfluss der deutschen Kommunisten war mit dieser „Märzaktion“ in kürzester Zeit zunichte gemacht worden.<sup>45</sup>

Die Haltung von Frida Winckelmann zu dieser politischen Wende der KPD ist nicht dokumentiert. Allerdings deutet ihre 1922 getroffene Entscheidung, ihren weiteren beruflichen Weg in Thüringen zu suchen, an, dass sie der „Offensivtheorie“ kritisch gegenübergestanden hat.

Die Entscheidung hatte allerdings noch weitere Ursachen. Sie hatte die Führung der Betriebsräteschule aufgeben müssen, ihr Landerziehungsheim stand unter ständiger politischer Kontrolle, da sie dort immer wieder politisch verfolgte Gesinnungsfreunde vorübergehend unterbrachte. Dies führte schließlich zur Schließung der Schule, indem ihr 1922 die Konzession entzogen wurde. Äußerer Anlass war die in der Berliner Presse publizierte Verhaftung eines sowjetrussischen Staatsangehörigen in dem Landerziehungsheim, der einen „*polnischen Übersetzer in der Petersburgerstraße in Berlin ermordet hat*.“<sup>46</sup> Darauf stützte sich die Anordnung der Schulschließung. Das Landerziehungsheim diene nicht mehr dem offiziellen Zweck einer Bildungseinrichtung, es sei vielmehr „*lediglich eine Zufluchts- und Unterkunftsstätte für ausländische radikalkommunistischen Parteigruppen angehörende Personen*.“<sup>47</sup> In Berlin sah sie offensichtlich keine realistische Perspektive, ihre schulpolitische Arbeit fortzusetzen.

---

<sup>42</sup> Paul Levi, „Reinigung“, zit. nach, Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Ffm. 1969, S. 144.

<sup>43</sup> Siehe hierzu: Klaus Dallmer, Die Meuterei auf der „Deutschland“ 1918/18. Anpassung, Aufbäumen und Untergang der ersten deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 2018, S. 228-232.

<sup>44</sup> Siehe hierzu: Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 158.

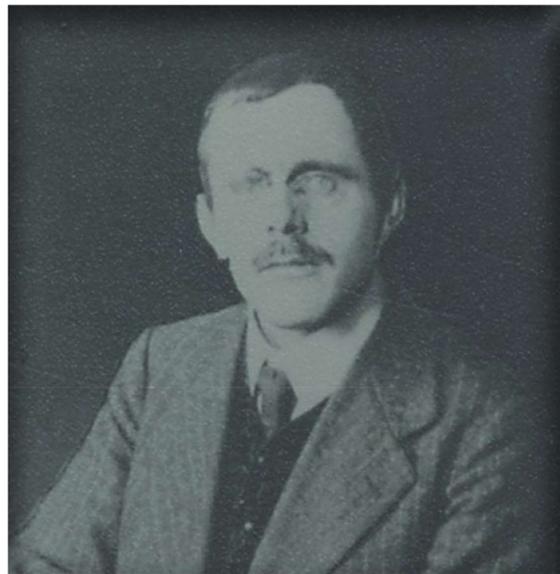
<sup>45</sup> Siehe: Klaus Dallmer, Die Meuterei auf der „Deutschland“ 1918/19, a.a.O., S. S. 233ff. sowie Thilo Scholle, Paul Levi und die Revolution, in: Ulli Schöler, Thilo Scholle (Hrsg.), Weltkrieg, Spaltung, Revolution, Sozialdemokratie 1916-1922, Bonn 2018, S. 275f.

<sup>46</sup> Zit. nach: Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 459.

<sup>47</sup> Zit. nach: Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 460.

So fiel die Wahl auf Thüringen vor allem wegen der dortigen politischen, gerade auch bildungspolitischen Programmatik und Debatte innerhalb der Linken. Dies wird aus dem Brief deutlich, mit dem sie ihren schon aus Vorkriegszeiten bekannten bildungspolitischen Mitkämpfer Hugo Jacobi um Hilfe bei einer Anstellung an einer Thüringer Schule bat. *„Übrigens würde ich sehr gerne an der Fortbildungsschule arbeiten. Mit ihren Aufgaben bin ich vertraut, da ich im Seminar für Gewerbeschul- und Fortbildungsschülerinnen mich dauernd sowohl mit methodischen als auch mit den stofflichen Fragen beschäftigte. In den letzten Jahren habe ich viel mit den verschiedenen proletarischen Jugendorganisationen gearbeitet und habe gerade da gesehen, wie wenig die Fortbildungsschule im allgemeinen an ihnen ihre Aufgaben erfüllt. Zum großen Teil geben in Berlin die Lehrer der alten Schule ihren autoritativen Unterricht, die Jugendlichen entziehen sich ihm, so viel sie können, während sie in ihren Organisationen die gleichen Themen behandeln (bürgerkundliche, volkswirtschaftliche usw.) und mit Freude dabei sind; sie treiben, wie sie können, in der Schule Unsinn, während sie in ihren Heimen sehr gute Ordnung halten. Ich bin sicher, wenn man es verstehe, auch im Schulunterricht das Gefühl der Selbsttätigkeit lebendig zu erhalten, wenn die Diskrepanz zwischen ihrem Leben, ihren Interessen und der Schule aufhört, dass dann die Schule erst ihre Aufgabe erfüllen kann.“* Anscheinend empfand sie die ständigen Auseinandersetzungen, in denen sie sich in Berlin befand, als zermürbend, denn sie fährt in dem Brief fort: *„Habe ich früher in Preußen im Unterricht fast immer eine Kampfstellung einnehmen müssen, so könnte ich hier das Bewusstsein haben, mit Gesinnungsgenossen zusammenzuarbeiten.“*<sup>48</sup>

Hugo Jacobi war in Gotha als Lehrer tätig. Schon vor dem 1. Weltkrieg war er ebenso wie Frida Winkelmann an der Bewegung einer fortschrittlichen Reformschulbewegung beteiligt und deswegen 1913 gemaßregelt worden. Seit 1915 SPD-Mitglied, wechselte er 1918 zur USPD und 1920 von dort zur KPD. Mit der Novemberrevolution wurde er Leiter der Schulabteilung im Freistaat Sachsen-Gotha. Als er nach dem Kapp-Putsch entlassen wurde, übernahm er die Funktion des Sekretärs im *„Verband der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen“* in Thüringen.<sup>49</sup> Als solcher arbeitete er eng mit dem ehemaligen Lehrer Albin Tenner zusammen, der wie Jacobi ebenfalls 1920 von der USPD zur KPD übergetreten und nach der Novemberrevolution Volksbeauftragter und Minister in der Gothaer Regierung gewesen war.



**Albin Tenner**

Tenner war ein entschiedener Verfechter der Einheitsschule, die er in Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Volksbildungsminister Greil im Freistaat Thüringen als KPD-Landtagsabgeordneter durchsetzen wollte. Greil förderte diese Zusammenarbeit, indem er Tenner 1920 zum Oberschulrat in Weimar und anschließend 1922 für Gotha ernannte.<sup>50</sup> In diesen Funktionen unterstützte Tenner als kommunistischer Bildungspolitiker die von Greil vertretene Thüringer Schulpolitik. Die gemeinsam vertretene politische Grundlage der Reformmaßnahmen wird in ihrer Zielsetzung deutlich: *„Als wesentliche Neuerung erfolgte die gleichartige finanzielle Förderung der Schulen in Thüringen. In der Konsequenz verlangte Greil die Erschließung von Bildungsmöglichkeiten für Kinder aus Arbeiterfamilien und auch*

<sup>48</sup> ThHStA Weimar, Personalakten Ministerium für Volksbildung 34037 Frida Winkelmann, Bl. 9.

<sup>49</sup> Zu Hugo Jacobi siehe: Karl-Heinz Günther u.a. (Hrsg.), Geschichte der Erziehung, a.a.O., S. 578.

<sup>50</sup> Zu Albin Tenner siehe: Eberhart Schulz, Gegen Willkür und Reaktion – Albin Tenner, in: Mario Hesselbarth u.a. (Hrsg.), Gelebte Ideen, a.a.O., S. 422-427.

*für Landkinder. (...) Die Betonung der sozialen Gesinnung durch die Einheitsschulorganisation und die inhaltliche Neugestaltung im Sinne der Gemeinschafts- und Arbeitsschule widerspiegeln den weltanschaulichen Charakter der Thüringer Schulreform.*<sup>51</sup> Das Schulkonzept basierte auf sozialpädagogischen Vorstellungen und wollte die traditionelle Dreigliedrigkeit des Schulwesens von Volks-, Mittel- und höherer Schule aufheben und durch ein System der inneren Differenzierungen ersetzen. Wie nahe Albin Tenner der Kritik von Frida Winckelmann an der preußischen Paukschule kam, zeigt seine Rede vom März 1923 im Thüringer Landtag, mit der er die Greilsche Schulreform gegen Angriffe der bürgerlichen Parteien verteidigte. *„Wir können frohe Menschen, Menschen mit Selbstbewusstsein, die Vertrauen zur eigenen Kraft haben, nicht erreichen, wenn wir ihren ganzen Willen durch militärische Disziplin und militärische Autorität systematisch zerknicken und zerbrechen.*<sup>52</sup>

An diesem Beispiel lässt sich die Politik der Thüringer SPD und KPD erkennen, die bei allen Unterschieden und bei aller gegenseitigen Kritik auf eine Zusammenarbeit in zentralen Fragen ausgerichtet war und sogar die Tolerierung einer sozialdemokratischen Regierung unter Ministerpräsident August Fröhlich im Oktober 1922 einschloss. Ein Jahr später bildeten beide Parteien angesichts der immer weiter zunehmenden republikfeindlichen Aktivitäten rechter Parteien und Organisationen und der weiter anwachsenden wirtschaftlichen Krisensituation die Bildung einer gemeinsamen Arbeiterregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsident Fröhlich, an der die Kommunisten mit drei Ministerien beteiligt sind, u.a. übernimmt Albin Tenner das Wirtschaftsministerium.

Diese in Thüringen angewandte Form der Einheitsfrontpolitik machte es möglich, dass Frida Winckelmann am 19. April 1923 als Berufsschullehrerin an der Fortbildungsschule in Gotha eingestellt wurde. Zunächst wohnte sie bei ihrer alten Bekannten Käthe Duncker, bevor sie in der Mönchsgasse 2 eine eigene Wohnung bezog, die sie bis zu ihrer Rückkehr nach Birkenwerder im Jahre 1930 behielt.<sup>53</sup>

Doch ihre Hoffnungen, *„mit Gesinnungsgenossen zusammenzuarbeiten“*, um ihre fortschrittlichen pädagogischen Pläne zu realisieren, währten nur für eine kurze Dauer. Am 2. November marschierten Reichswehrtruppen in Thüringen ein und verhafteten eine Vielzahl von Arbeiterfunktionären beider Regierungsparteien. Eine Fortführung der Regierungstätigkeit wurde unmöglich, nachdem die Reichsregierung mit einer gewaltsamen Beseitigung gedroht hatte. Der Versuch, über die Bildung einer Arbeiterregierung eine fortschrittliche Landespolitik zu verankern, die anschließend auf das gesamte Reich ausstrahlen und eine revolutionäre Bewegung in Gang setzen sollte, war gescheitert.<sup>54</sup>

Für Thüringen hatte das die Konsequenz, dass für den 10. Februar Neuwahlen angesetzt wurden, zu denen eine Verbindung aus mehreren rechtsgerichteten Parteien und Organisationen unter dem Namen *„Thüringer Ordnungsbund“* antrat. Mit der Wahlparole *„Das ganze Land kam auf den Hund, nun rettet nur der Ordnungsbund“* erhielt dieses völkische Bündnis einen Stimmanteil von 48,02 % der Stimmen und 35 Sitze im Parlament. Die von ihr getragene Regierung Leutheuser brach die politischen Reformvorhaben der bisherigen Regierung ab. Dazu gehörte auch die Schul- und Bildungspolitik.<sup>55</sup>

Diese Veränderung bekam Frida Winckelmann bald zu spüren. Schon bald eröffneten die rechtsbürgerlichen Vertreter im Gothaer Stadtparlament eine Kampagne gegen die engagierte Lehrerin, die im Straßenwahlkampf für die KPD geworben hatte. Bei dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung protestierte der Gothaer Stadtdirektor gegen die Beschäftigung von

---

<sup>51</sup> Paul Mitzenheim, *Entschieden für eine neue Schule*, Max Greil (1877-1939), in *Gelebte Ideen*, a.a.O., S. 193.

<sup>52</sup> Albin Tenner zit. nach: Eberhart Schulz, *Gegen Willkür und Reaktion – Albin Tenner*, a.a.O., S. 423.

<sup>53</sup> Heike Stange, *Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit*, a.a.O., S. 460.

<sup>54</sup> Siehe: Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, Ffm. 1976, S. 54-60.

<sup>55</sup> Siehe: Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen /Hrsg.), *Die Machtübernahme in Thüringen 1932/33*, Erfurt 2013.



eingeleitet wurde, wurde in der zweiten Instanz aufgrund einer Amnestieverfügung eingestellt.<sup>61</sup> Ihre umfangreichen Aktivitäten für die Thüringer KPD führten dazu, dass Frida Winckelmann bei der Wahl zum Thüringer Landtag am 30. Januar 1927 als Landtagskandidatin aufgestellt wurde und als Mitglied der kommunistischen Fraktion für die IV. Wahlperiode (1927-1929) in den Landtag einzog.<sup>62</sup> Ihr fachlicher Schwerpunkt lag in der Sozial- und Bildungspolitik, wo sie in enger Zusammenarbeit mit ihrem Genossen Albin Tenner immer wieder gegen den Abbau der Greilschen Reformen auftrat. In insgesamt 17 Reden kritisierte sie zum einen die Verschlechterungen im Schulsystem durch die Erhöhung des Schulgeldes und der Klassenfrequenzen sowie die Verschlechterung bei der Ausstattung der Volks- und Berufsschulen und forderte zum anderen die Fortführung der Greilschen Reformpolitik. „Die Thüringer Bevölkerung ist begabt und hat wohl ein Recht, sich diese Ausbildungsmöglichkeiten zu sichern. (...) Wir verlangen eine einheitliche Schule, die jedem die Möglichkeit gibt, entsprechend seiner Begabung weiter zu kommen.“<sup>63</sup> Ebenso wie Tenner forderte sie in den Landtagsdebatten die Sozialdemokratie immer wieder auf, die eigenen schulpolitischen Reformziele nicht zu konterkarieren und gemeinsam mit den Kommunisten für den Erhalt und Ausbau zu kämpfen. Es ging dabei nicht nur um schulstrukturelle Fragen, wie die Gestaltung der Volks- als Arbeits- und Lernschulen und die Mitbestimmungsrechte der Elternbeiräte, sondern auch um ganz alltägliche pädagogische Fragen, so z. B. um die Verhinderung der Wiedereinführung der Prügelstrafe.<sup>64</sup> Im Bereich der Sozialpolitik trat Frida Winckelmann mehrere Male im Landtag für den Schutz schwangerer Arbeiterinnen und für eine Verbesserung der rechtlichen Stellung von Hebammen mittels des Hebammengesetzes ein.<sup>65</sup> An den Beiträgen von Tenner und Winckelmann wird das Festhalten an der Einheitsfrontpolitik auch in den Jahren 1927 bis 1929 deutlich, obwohl diese in der Politik des Zentralkomitees ab 1928 zunehmend infrage gestellt und 1929 als opportunistisches Abweichtertum gebrandmarkt wurde.<sup>66</sup>

# Wahlen in Thüringen

## Großer Erfolg der Sozialdemokratie

Der thüringische Landtagswahlkampf hat am Sonntag bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent ohne Zwischenfälle seinen Abschluss gefunden. Insbesondere kann die Sozialdemokratie mit dem Ausgang dieses Kampfes zufrieden sein. Sie hat fast überall an Stimmen gewonnen, während die Kommunisten im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen verhältnismäßig große Verluste zu verzeichnen haben. Die Antifemiten wurden geradezu katastrophal niedergewürdigt und der Ordnungsbund, der bisher die Regierung bildete, hat seine parlamentarische Mehrheit verloren.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahlen ist folgendes:

	Landtagswahl Jahr 1924	Wahlkreis Jahr 1924	Wahlkreis Jahr 1927
Sozialdemokraten . . . . .	262 827	210 165	250 062
Kommunisten . . . . .	113 470	162 128	107 806
Komm. Arb.-Gemeinschaft Bürgerl. Einheitsliste (Dra. D. Sp., Thür. Landb., Str.)	3 874	—	—
270 625	422 246	333 766	
Wirtschaftspartei . . . . .	75 500	—	34 334
Später u. Aufwertungspart.	23 156	—	—
Demokraten . . . . .	26 531	—	43 050
Nationalsozialisten . . . . .	29 918	81 412	44 577
Wälfische . . . . .	9 137	—	—

Das endgültige amtliche Wahlergebnis dürfte voraussichtlich erst in einer Woche vorliegen. Das ist hauptsächlich auf die variable Gestaltung der Abgeordnetenziffer, ferner auf die Mittelverbindungen und die Verteilung der Reststimmen zurückzuführen. Zusammen dürfte sich an dem vorläufigen Endergebnis in Bezug auf die Stimmenzahl kaum wesentlich etwas ändern.

Die Zahl der Abgeordneten des Thüringer Landtags ist von 72 auf 56 reduziert worden. Die einzige Partei, die trotz dieser Verringerung der Zahl der Abgeordneten mit einer gleich großen Fraktion in den neuen Landtag einziehen wird, ist die Sozialdemokratie.

Die Mandate verteilen sich auf die verschiedenen Parteien mehrheitlich (dargestellt durch die Reststimmen) sind kleine Veränderungen noch möglich) wie folgt:

	Reiner Wahltag	Mit Wahltag
Sozialdemokraten . . . . .	18	17
Kommunisten . . . . .	8	12
Bürgerliche Einheitsliste . . . . .	19	30
Wirtschaftspartei . . . . .	5	—
Später . . . . .	1 (Parteilose)	—
Demokraten . . . . .	2	—
Nationalsozialisten . . . . .	2	3
Wälfische . . . . .	1	—
	56	72

Der Thüringer „Ordnungsbund“ ist häufig zusammengebrochen worden. Sein Verlust ist auch dann noch groß, wenn man die früher 39 Mandate auf die neuen Verhältnisse im Landtag reduziert und die Demokraten, Wälfischen und Wirtschaftsparteiler, die ihm früher angeschlossen, hinzurechnet. Der Ordnungsbund hätte bei seinen 39 Mandaten — am gleich zu bleiben — 30 in den neuen Landtag bringen müssen, in Wirklichkeit aber bringt er nur (wohlgemerkt eine in sich selbst) 14 Demokraten, Wirtschaftspartei und Wälfische, die je im künftigen Landtag kaum mehr zusammengeordnet werden können) nur 27 Mandate auf. Die Sozialdemokraten, die keine Verluste gehabt hätten, wenn sie 13 Mandate aus der Wahllosigkeit am Sonntag freigeigebend hätten, haben statt dessen 18 erhalten, also nahezu 50 Prozent gewonnen. Ihre Abgeordneten, die bisher 23 Prozent der Abgeordnetenzahl bildeten, stellen jetzt 33 Prozent der parlamentarischen Macht dar. Ihre Mehrheitskraft hat sich bei etwa 70 Prozent Wahlbeteiligung gegenüber 90 Prozent im Jahre 1924 um mehr als 50 000 erhöht. Welche denn je vergrößert sie an der Spitze aller thüringischen Parteien.

## Anlaß Situation

Die durch die Wahlen hervorgerufene politisch-parlamentarische Konstellation rührt in wiesiger Beziehung dem Ergebnis der kürzlich erfolgten Landtagswahl in Sachsen. Auch in Thüringen ist eine feste Regierungsmehrheit nicht ohne weiteres gegeben. Möglichen davon, daß mit den Kommunisten zusammen nicht regiert werden kann, weil sie nie selbständig handeln dürfen, sondern immer erst abwarten müssen, was ihnen von Moskau aus vorgeschrieben wird (schematisch erhalten sie nur den Fels, die Sozialdemokraten anarbeiten zu verhindern), wäre auch mit den Kommunisten zusammen noch keine Mehrheit vorhanden.

Trotz der vielen Grenzen und Hindernissen im politischen Leben Thüringens wird es auch in Thüringen festgenommen, daß keine Parteien des Ängstlichen an der Spitze stehen und bestimmen, ob nach rechts oder nach links gehandelt werden soll.

## Volksstimme vom 1. Februar 1927

<sup>61</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 461.

<sup>62</sup> Theresa Wobbe, Staatsbürgerliche Rechte, Frauenbewegung und Parlamentarierinnen, a.a.O., S. 31.

<sup>63</sup> Verhandlungen des IV. Landtags von Thüringen, Abt. IV: Stenographische Berichte Landtag von Thüringen, Weimar 1929, S. 3293.

<sup>64</sup> Siehe: Eberhart Schulz, Gegen Willkür und Reaktion — Albin Tenner, a.a.O., S. 426.

<sup>65</sup> Heike Stange, Dokumentation, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 20, Weimar 2003, S. 213.

<sup>66</sup> Siehe: Ernst Thälmann, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei (XII. Parteitag), in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin 1955, S. 103ff.

Der Hintergrund für den Kurswechsel der KPD lag vor allem an der Einschätzung, dass eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise die ökonomischen und politischen Spielräume so stark einschränke, dass diese die wachsende Armut und Arbeitslosigkeit nicht mehr sozial auffangen könnten. Die wirtschaftlichen Abwehrkämpfe würden damit in politische Kämpfe umschlagen, sie würden damit zu objektiv revolutionären Kämpfen, denen die Kommunisten die politische Stoßrichtung zum Sturz des Systems der Weimarer Republik vorgeben müssten. Die Revolution wurde damit zur unmittelbaren Aufgabe erklärt.<sup>67</sup> Die Arbeiterklasse müsse gesammelt und um die Partei und ihr Programm geschart und gegen die Weimarer Republik in Stellung gebracht werden. Der Kampf habe den Charakter Klasse gegen Klasse angenommen, in dem die herrschende Klasse zunehmend sich des Faschismus als politisches Instrument zur Ausbeutung und Zerschlagung der zum Angriff übergegangenen Arbeiterklasse bediene. Besonders die Sozialdemokratie werde als Haupthindernis der Revolutionierung der Arbeiterschaft im Kampf um ein Sowjetdeutschland eingesetzt, da sie die demokratische Verfasstheit der Weimarer Republik und damit ihre kapitalistische Grundlage im Einklang mit den bürgerlichen Parteien verteidigen würde. Damit mache sich die Sozialdemokratie zu „sozialfaschistischen Hausknechten“<sup>68</sup> des Kapitals, sie würde Teil des laufenden Faschisierungsprozesses, indem sie „unter dem Deckmantel der sogenannten reinen Demokratie der faschistischen Diktatur den Weg bahnt.“<sup>69</sup> Als Schlussfolgerung galt für die KPD die Bekämpfung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze des Kapitals und die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit der SPD als Parteiorganisation.<sup>70</sup>

Gestützt wurde die politische Einstellung von Winckelmann und Tenner von einem erheblichen Teil der Thüringer KPD-Organisation, u. a. auch von ihrem Politischen Leiter Hans Tittel, der



Hans Tittel um 1923

ebenfalls der Landtagsfraktion angehörte. Als Politischer Leiter besaß Tittel eine einflussreiche Position in dem mit 12.000 Mitgliedern recht starken Thüringer Landesverband der KPD. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bei Wahrung der unterschiedlichen Vorstellungen war für ihn nicht nur hinsichtlich der Durchsetzung von tagespolitischen Forderungen und der Verteidigung von sozialen und politischen Rechten von Bedeutung, sondern er sah darin auch das wesentliche Mittel, um der stärker werdenden faschistischen Bewegung entgegenzutreten zu können. Tittel war einer der wenigen Verfechter der Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie, der auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale noch zu Wort kam. Hier kritisierte er die undemokratische Methode, mit der eine offene Debatte um die Strategie der Kommunisten von der Zentrale unterdrückt wurde. „Dadurch wird das geistige Leben der Partei gelähmt, und das ist wiederum eine Ursache für die mangelnde Werbekraft und die Fluk-

tuation in der Partei.“<sup>71</sup> Doch die Versuche, mit der KPD-Zentrale um Ernst Thälmann eine offene Debatte über eine kommunistische Orientierung gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu führen, scheiterten. Tittel wurde Ende 1928 als Politischer Leiter des Landesverbandes abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Viele Funktionäre solidarisierten sich mit ihm, so dass es in der ersten Hälfte des Jahres 1929 zu einer Ausschlusswelle in

<sup>67</sup> Vgl. Eugen Varga, Die Wirtschaft in der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung, Hamburg und Berlin 1928.

<sup>68</sup> Ernst Thälmann, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei (XII. Parteitag), a.a.O., S. 85.

<sup>69</sup> Ebenda.

<sup>70</sup> Siehe hierzu auch: Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 270f.

<sup>71</sup> Hans Tittel zit. nach: Theodor Bergmann, Ein „rechter“ Kommunist – Hans Tittel, in: Mario Hesselbarth u.a. (Hrsg.), Gelebte Ideen, a.a.O., S. 439f.

der Thüringer KPD kam. Am 1. März traf sie auch Frida Winkelmann und Albin Tenner. Mit vielen anderen Kommunist\*innen schlossen sie sich der von Hans Tittel mitbegründeten KPD-  
Opposition (KPO) an.<sup>72</sup> Die KPO verstand sich ausdrücklich nicht als eigenständige Partei neben der KPD, sondern „als geschlossene kommunistische Richtung innerhalb und außerhalb  
des Rahmens der Kommunistischen Partei Deutschlands“<sup>73</sup> und hoffte eine Korrektur der KPD-  
Politik im Sinne einer Rückkehr zur Politik der Einheitsfront beeinflussen zu können. Anders  
als bei der KPD basierte ihre Strategie auf der Analyse, dass es keinen revolutionären Auf-  
schwung gebe, vielmehr befinde sich die Arbeiterklasse in der Defensive. Die Lösung der Krise  
sehe die herrschende Klasse mittlerweile in der Zerschlagung der demokratischen Verfassung



Titelseite der KPO-Tageszeitung vom 14.9.1929

und der Arbeiterorganisationen und in der Errichtung eines faschistischen Staates, dessen äußeres Kennzeichen in der Verselbständigung der Exekutivgewalt bestehe.<sup>74</sup> Dabei sah die KPO den Faschismus nicht nur als reines Instrument des Großkapitals an, sondern letzteres gehe eine Verbindung mit der faschistischen Bewegung ein, die „scheinrevolutionär und scheinbar antikapitalistisch, für die ‚nationale Revolution‘, gegen das ‚internationale Finanzkapital‘“ auftrete. Der Faschismus rekrutiere seine Anhängerschaft vornehmlich aus dem enttäuschten „Kleinbürgertum und Teilen der mittleren Bourgeoisie (...), im Bauerntum“ sowie „von Teilen der Arbeiterklasse“ als Resultat der sozialdemokratischen

Koalitionspolitik und der Ergebnislosigkeit der ultralinken Taktik der Kommunistischen Partei.<sup>75</sup> Die KPO erkannte bereits recht genau den Unterschied zwischen sozialer und politischer Basis der faschistischen Bewegung sowie der Bedeutung des bürgerlich demokratischen gegenüber einem faschistischen Staat. Daher war sie auch in der Lage eine antifaschistische Strategie zu entwickeln, die sowohl die Sozialdemokratie als auch bürgerlich demokratische Kräfte als Partner im antifaschistischen Kampf einschloss, wobei der Kern der antifaschistischen Bewegung in der Einheit der Arbeiterklasse, also der Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie der Gewerkschaften liegen sollte.

Im Gegensatz zu vielen anderen Gebieten im Deutschen Reich besaß die KPO in Thüringen durchaus einigen Einfluss. Ihr gehörten sechs von acht Mitgliedern der ehemaligen KPD-Landtagsfraktion an<sup>76</sup> und auch eine große Anzahl von Betriebsräten und Kommunalpolitiker unterstützen den Kurs der Opposition gegen das ZK der KPD.<sup>77</sup> Die ausgeschlossenen Landtagsabgeordneten legten ihr Mandat nicht nieder mit der Begründung, dass sie „in voller Übereinstimmung mit breiten Teilen der Parteimitgliedschaft und darüber hinaus im direkten Auftrag der ebenfalls in Opposition zur gegenwärtigen Parteiführung stehenden Mehrheit“ der KPD-Basis in Thüringen handeln würden.<sup>78</sup>

Es ist schwer einzuschätzen, ob die in der KPD verbliebene Mehrheit der Mitglieder den Kurs der Ausgeschlossenen tatsächlich unterstützte. Die KPD-Zentrale ließ es auf eine Probe erst gar nicht ankommen, sondern setzte ihre Linie mithilfe organisatorischer Maßnahmen auch unter

<sup>72</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 462.

<sup>73</sup> Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930, S. 3.

<sup>74</sup> Plattform der Kommunistischen Partei (Opposition), a.a.O., S. 21.

<sup>75</sup> Plattform der Kommunistischen Partei (Opposition), a.a.O., S. 25.

<sup>76</sup> Eberhart Schulz, Gegen Willkür und Reaktion – Albin Tenner, a.a.O., S. 427.

<sup>77</sup> Theodor Bergmann, Ein „rechter“ Kommunist – Hans Tittel, a.a.O., S. 440.

<sup>78</sup> Siehe Verhandlungen des IV. Landtags von Thüringen, Abt. IV: Stenographische Berichte Landtag von Thüringen, Weimar 1929, S. 2765 f., 2837 f., 2858 f. und 2877 f.

Inkaufnahme von Mitgliederverlusten durch. Noch im Frühjahr 1929 tauschte sie in großem Maß Funktionäre aus und wo diese Maßnahme nicht ausreichte oder akzeptiert wurde, löste sie ganze Ortsgruppen auf.<sup>79</sup> Die Fraktion der KPO arbeitete bis Dezember 1929 weiter, konnte aber in der kurzen Zeit bis zur Neuwahl des Landtages kaum wirkliche Akzente setzen. Bei der Wahl zum V. Thüringer Landtag bemühte sich die KPO, die antifaschistische Einheitsfront durch eine gemeinsame Liste mit der SPD symbolisch zu dokumentieren und ein Zeichen für die Schaffung einer einheitlichen Kampffront zu setzen. Doch die SPD ging auf diesen Vorschlag nicht ein. Zerrieben zwischen den beiden großen Arbeiterparteien verlor die KPO ihre Landtagsmandate und bewegte sich mit 1,5 % Stimmanteil auf der Ebene einer Splitterpartei.<sup>80</sup> Im Januar konstituierte sich die neue Landesregierung, die sich auf eine Koalition der rechtsbürgerlichen Parteien unter Einschluss der nationalkonservativen DNVP und der faschistischen NSDAP stützte. Als erster nationalsozialistischer Minister in der Weimarer Republik wurde Wilhelm Frick Minister für Inneres und Volksbildung. Damit war eine Rückkehr für Tenner und Winckelmann in den Schulbetrieb ausgeschlossen. Ein deutlicher Fingerzeig dafür war die Entlassung von Hugo Jacobi, der, wie alle anderen kommunistischen Lehrkräfte, vom 1930 erlassenen Verbot der Beschäftigung kommunistischer Staatsbeamter betroffen war.<sup>81</sup> Gemeinsam mit ihren politischen wie auch persönlichen Freunden Hugo Jacobi und Albin Tenner sowie dessen Familie entschloss sich Frida Winckelmann wieder nach Birkenwerder zurückzuziehen.<sup>82</sup>

## 6. Zurück in Birkenwerder

In Birkenwerder stellte sich zunächst einmal die Frage nach dem Lebensunterhalt. Die Rückkehrer wohnten im Haus von Frida Winckelmann in der Bergallee 1. Allerdings galt das Betriebsverbot für die Schule und das Heim weiterhin, so dass lediglich schmale Einkünfte über Tenners naturwissenschaftliche Studien und Vorträge sowie über zeitlich befristete Lehrtätigkeiten von Winckelmann und Jacobi – vor allem im Rahmen der Gewerkschaften – zur Verfügung standen.<sup>83</sup> Entsprechend der KPO-Linie bemühten sich die drei Kommunisten um den Aufbau eines parteiübergreifenden antifaschistischen Einheitsfrontkomitees, das in öffentlichen Veranstaltungen gegen die immer stärker werdende faschistische Gefahr in Birkenwerder Front machte.<sup>84</sup> Parallel zu diesen örtlichen Aktivitäten entwickelte sich innerhalb der KPO die Diskussion, ob es angesichts der offensichtlichen Einflusslosigkeit auf eine Veränderung der KPD-Politik in Richtung einer Abkehr von der Konfrontationspolitik gegenüber der SPD und der Gewerkschaften nicht sinnvoll sei, eine stärkere Eigenständigkeit zu betonen und eine eigene revolutionäre Partei als Alternative zur SPD und KPD zu formieren.

Diese Debatte entwickelte sich vor allem auf der Grundlage der zunehmenden faschistischen Gefahr. Im Gegensatz zur KPD und zur SPD verfügte die KPO über eine differenzierte Analyse der faschistischen Bewegung, aus der sie zum einen die katastrophalen Folgen einer faschistischen Machtübernahme sowohl für die Arbeiterbewegung als auch für die bürgerliche Demokratie herleitete. Die KPO sah, ausgehend von den labilen politischen und ökonomischen Verhältnissen der Weimarer Republik gegen Ende der 20er Jahre eine schrittweise „Aushöhlung

---

<sup>79</sup> Siehe: Timo Leimbach, *Parlamentarische Integration versus Stalinisierung? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920-1932*, Ulrich Mählert u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2018, Berlin 2018, S. 51.

<sup>80</sup> Karl Heinz Tjaden, *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO)*, Meisenheim/Glan 1964, S. 232.

<sup>81</sup> Siehe Karoline Hille, *Beispiel Thüringen. Die „Machtergreifung“ auf der Probebühne 1930*, in: *Staatliche Kunsthalle Berlin* (Hrsg.), 1933 – Wege zur Diktatur, Berlin 1983, S. 201.

<sup>82</sup> Heike Stange, *Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit*, a.a.O., S. 462f.

<sup>83</sup> Hermann Weber, *Andreas Herbst, Handbuch der deutschen Kommunisten*, a.a.O., Stichwort Albin Tenner.

<sup>84</sup> Heike Stange, *Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit*, a.a.O., S. 463.



August Thalheimer

des bürgerlich-parlamentarischen Regimes.“<sup>85</sup> Anlehnend an die marxische Analyse des Staatsstreiches vom 2.12.1851, mit dem Louis Bonaparte in Frankreich die Macht an sich riss und sich anschließend nach einem Plebiszit zum französischen Kaiser ausrufen ließ,<sup>86</sup> kam der Theoretiker August Thalheimer zu der Schlussfolgerung, dass mit dem Bruch der Großen Koalition das Ende der bürgerlichen Demokratie eingeleitet und mit dem Staatsstreich in Preußen am 20. Juli 1932 weiterbetrieben worden sei. Schließlich sei mit der Bildung der Präsidialkabinette der Untergang der parlamentarischen Demokratie eingeleitet worden, der mit einer offenen Diktatur der verselbstständigten Exekutivgewalt enden würde. Diese verselbstständigte Exekutivgewalt werde mittels der faschistischen Bewegung gebildet, die aus dem wirtschaftlich bedrohten Kleinbürgertum und Bauerntum sowie aus den Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls (gemeint sind hier vor allem ehemalige Offiziere der kaiserlichen Armee sowie die von Langzeitarbeitslosigkeit geprägten Teile der Arbeiterschaft – d. V.)

bestehe. Die bestechende Analyse wird auch daran deutlich, dass hier die Rolle des nationalsozialistischen Antisemitismus und Nationalismus im Wesentlichen zutreffend einbezogen wurde: „Bei diesem Antisemitismus erreicht die Reaktion zweierlei: Man hat einen Prügelknaben, den man für die durch Wuchern und Preistreiberei des Unternehmertums verursachte katastrophale wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verantwortlich macht und lenkt dadurch vom Klassenkampf ab, und die nationalistischen Instinkte werden aufgepeitscht, innenpolitisch gegen alle internationalen und sozialistischen Strömungen in der Arbeiterschaft, außenpolitisch gegen die Entente, den Versailler Friedensvertrag und für die Wiedererlangung der verlorenen Gebiete.“<sup>87</sup> Für die KPO galt die faschistische Diktatur als eine „politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie.“<sup>88</sup> Aus dieser klassenspezifischen Zuordnung ergab sich die existenzielle Notwendigkeit, eine gemeinsame Abwehrfront aller demokratischen Kräfte zu bilden, deren Kern die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen darstellen sollte. Denn gegen letztere richtete sich der Hauptstoß, den die Großbourgeoisie mittels der faschistischen Bewegung führte. Einmal an der Macht und von der Arbeiterschaft nicht entschieden bekämpft würde die faschistische Regierung nicht „von selbst abwirtschaften“, sondern den „Untergang des parlamentarischen Regimes“ bedeuten.<sup>89</sup>



Broschüre der KPO von 1932

<sup>85</sup> August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Reinhardt Kühnl (Hrsg.), Texte zur Faschismuskritik I, Reinbek 1974, 29.

<sup>86</sup> Siehe Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW Bd. 8, Berlin 1965.

<sup>87</sup> August Thalheimer, Die Gegenrevolution – Der deutsche Faschismus, zit. nach: Karl Heinz Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), a.a.O., S. 275.

<sup>88</sup> August Thalheimer, Über den Faschismus, a.a.O., S. 24.

<sup>89</sup> August Thalheimer, Die faschistische Diktatur über Deutschland, zit. nach: Karl Heinz Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), a.a.O., S. 281.

Diese theoretischen Überlegungen zeigten sich den anderen zeitgenössischen Faschismusanalysen weit überlegen. Nicht nur die Äußerungen des Sozialdemokraten Breitscheid während des Magdeburger Parteitages 1929 über den Faschismus als „*verschleierte Diktatur eines Beamtenkabinetts*“,<sup>90</sup> sondern auch die verkürzte Analyse von Trotzki, der den historischen Unterschied zwischen Faschismus und Bonapartismus marginalisierte und so zu einer Einschätzung der Selbstzerstörung des Faschismus an der Macht kam,<sup>91</sup> verdeutlichen den qualitativen Unterschied. Das gilt in besonderem Maß für die Einschätzung der KPD und der KI, die in den „*Methoden der Klassenherrschaft zwischen der sogenannten bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus*“<sup>92</sup> keine wesentliche Differenz sahen.

Doch die richtige Schlussfolgerung, nicht nur mit Appellen, sondern vor allem mit Aktionen die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterorganisationen und der anderen demokratischen Kräfte zur Verteidigung der Republik voranzubringen, scheiterte zum einen an der zahlenmäßigen und damit auch organisatorischen und finanziellen Schwäche der KPO und zum anderen an der rigorosen Verweigerung von Seiten der KPD und SPD, eine Zusammenarbeit ins Auge zu fassen. Im Gegenteil: Vor allem von Seiten der KPD, aber auch aus dem Vorstand der SPD gab es zahlreiche Erklärungen, in denen eine Kooperation mit der KPO in z. T. diffamierender Weise zurückgewiesen wurde. So kritisierte die KPD-Führung im Januar 1932, dass es in einigen Bezirken Einheitsfrontaktionen gegeben habe und damit zu „Versäumnissen in der Bekämpfung und Demaskierung der Brandleristen als Agenten des Sozialfaschismus“ gekommen sei.<sup>93</sup> Wenn auch die Kritik der SPD an der KPO nicht die gleiche Schärfe besaß, so kam für die SPD-Führung schon wegen ihrer grundsätzlichen Kritik an der KPD, die in einer Gleichsetzung der Kommunisten mit den Nationalsozialisten gipfelte, die Bildung einer Einheitsfront nicht in Betracht.<sup>94</sup>

Einen Ausweg aus dieser ungünstigen Lage sahen eine Reihe von KPO-Mitglieder, darunter



**Demonstration der SAPD 1932**

auch Frida Winckelmann, Albert Tenner und Hugo Jacobi, in der 1931 neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die von aus der SPD ausgeschlossenen linken Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden war.

Die Partei besaß eine ähnliche Einschätzung der aktuellen politischen Situation in Deutschland wie die KPO. Das galt vor allem hinsichtlich der faschistischen Gefahr und der daraus folgenden antifaschistischen Strategie. Die Bildung einer Einheitsfront gegen die faschistische

<sup>90</sup> Rudolf Breitscheid, Bericht der Reichstagsfraktion, in: Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitags Magdeburg 1929, Berlin 1929, S. 170.

<sup>91</sup> Siehe: Leo Trotzki, Der einzige Weg, in: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland, hrsg. von Helmut Dahmer, 2 Bd., Ffm. 1971, S. 358.

<sup>92</sup> Dimitri S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 122.

<sup>93</sup> Die Rote Fahne, Nr. 3, 1932. Mit dem Begriff „Brandleristen“ wurden die Mitglieder der KPO nach dem Mitbegründer der KPD Heinrich Brandler bezeichnet, der 1928 als „Rechtsabweichler“ aus der KPD ausgeschlossen worden war und anschließend mit August Thalheimer und anderen früheren KPD-Funktionären zum Gründungskreis der KPO gehört hatte. Siehe hierzu u.a.: Karl Heinz Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), a.a.O., S. 109ff.

<sup>94</sup> Bezeichnend hierfür ist die 1931 von Otto Wels geäußerte Einschätzung: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder.“ Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitags Leipzig 1931, Berlin 1931, S. 19.

Bewegung zur Rettung der Republik als demokratisches Kampffeld zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft bildete den politischen Kern des SAPD-Programms. Allerdings betrachtete die SAPD sich nicht als ein zeitweise ausgestoßener Teil der SPD, wie das bei der KPO mit dem Ziel der Rückkehr in eine innerparteilich reformierte KPD der Fall war. Im Gegensatz zur KPO hielten die SAPD-Gründer das Ziel für illusionär, den Charakter ihrer ehemaligen Partei durch die Wiederherstellung eines demokratischen Willensbildungsprozesses reformieren zu können. Daher sahen sie die SAPD als eigenständige Partei, als Keimzelle einer erneuerten revolutionären sozialistischen Kraft an, die in der Kritik an der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik in Form der Unterstützung einer Politik des „kleineren Übels“ und an der linksradikalen KPD-Politik, die eine Verteidigung der Republik ausschloss, ihr politisches Fundament besaß.<sup>95</sup>

Für Frida Winckelmann und ihre Genossen stellte die SAPD eine Chance dar, die an der SPD- und KPD-Politik zweifelnden Arbeiter zu gewinnen und mit einer neuen Massenpartei der antifaschistischen Einheitsfront endlich zur Realität zu verhelfen. Unterstützung fanden sie dabei von vielen linksbürgerlichen Intellektuellen, so z. B. Carl von Ossietzky oder Lion Feuchtwanger, der in einem Brief an den Parteimitbegründer Kurt Rosenfeld schrieb: *„Wir deutschen Schriftsteller, die wir uns nach einer sinnvollen Ordnung der deutschen Dinge sehnten, haben sehr darunter gelitten, dass es bisher keine politische Situation gab, zu der wir Ja sagen konnten. Ich gratuliere Ihnen und uns allen, dass Sie jetzt endlich eine solche Organisation geschaffen haben.“*<sup>96</sup>



Lion Feuchtwanger

Die breite Zustimmung von Einzelpersonen und sozialistischen Gruppierungen und Kleinparteien außerhalb der KPD und SPD, die die Existenz der SAPD erfuhr, hatte jedoch nicht nur positive Seiten. Die Partei, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit der autoritären Organisationsstruktur der SPD eine breite innerparteiliche Demokratie in ihrem Organisationsstatut verankert hatte,<sup>97</sup> wurde damit zu einem Austragungsort einer Vielfalt von Sondermeinungen und politischen Konzepten, der die Aktionsfähigkeit in vielen Fällen lähmte und damit die Attraktivität der Partei für die Mitglieder der großen Arbeiterparteien beeinträchtigte.

Die Partei besaß denn auch nie mehr als 25.000 Mitglieder, also etwa 2,5 % der Mitgliedschaft der SPD und 8 % der Mitglieder der KPD.<sup>98</sup>

Innerhalb dieser heterogenen Mitgliedschaft stellte die Gruppe der ehemaligen KPO-Mitglieder eine feste Formation dar, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, Kurs *„auf die Eroberung der SAP für den Kommunismus zu nehmen. Diese Aufgabe ist um so aussichtsreicher, als die SAPD noch kein fester Körper, ihr Apparat noch schwach und noch nicht zu einem übermäßigen Hemmnis der Entwicklung geworden ist.“*<sup>99</sup>

Für Birkenwerder galt, dass die drei ehemaligen Mitglieder der KPO nun die Politik als SAP-Ortsgruppe fortsetzen. Schwerpunkt war der Versuch, mit Sozialdemokraten und Kommunisten das antifaschistische Einheitskomitee zu erhalten und auszuweiten. Das geschah vor allem über Versammlungen und Kundgebungen, aber auch über Schulungsangebote zu grundsätzlich the-

<sup>95</sup> Zur SAPD siehe u.a., Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim/Glan 1965.

<sup>96</sup> Der Brief ist abgedruckt in: Sozialistische Wochenzeitschrift „Die Fackel“ vom 16.10.1931, Berlin 1931.

<sup>97</sup> Siehe hierzu: Dr. Ernst Eckstein, Wie soll die Organisation aussehen?, in: Fritz Bieligk, Ernst Eckstein, Otto Jenssen, Kurt Laumann, Helmut Wagner, Die Organisation im Klassenkampf, Berlin 1931, S. 157ff.

<sup>98</sup> Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, a.a.O., S. 160.

<sup>99</sup> Gegen den Strom, Organ der KPD-O, Nr. 23, 4. Jg., 7. November 1931, S. 262f.

oretischen sowie zu tagespolitischen Fragen. Auf diese Weise sollte eine schrittweise Annäherung im politischen Alltag zwischen den Arbeiterorganisationen geschaffen werden, die zu einer



Einheitsfrontversammlung der SAP mit Kurt Rosenfeld (SAP), Heinrich Brandler (KPO) und Hugo Urbahns (Leninbund) 1932

gemeinsamen Aufstellung von Arbeiterkandidaten bei Wahlen führen sollte. Allerdings zeigte sich sehr bald, dass diese Strategie keine Grundlage besaß. Die beiden großen Arbeiterorganisationen boykottierten das Vorhaben, indem sie den Veranstaltungen entweder fernblieben oder in ihren Redebeiträgen jegliche Kompromisslinie ablehnten. Oft gelang es den SAPlern lediglich die Kleinstparteien unter der Losung „*Der Faschismus muss geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt!*“ an einen Tisch zu bekommen.<sup>100</sup> An einen gemein-

samen Wahlvorschlag, mit dem gegen die wachsende faschistische Gefahr, aber auch gegen die Politik des Sozialabbaus der Brüning-Regierung Front gemacht werden sollte, war angesichts dieser Ausgangslage gar nicht zu denken. In den Wahlen blieb die SAP ähnlich wie die KPO erfolglos. Das Vorhaben, eine sozialistische Massenpartei zu schaffen, die die Einheit der Arbeiterschaft zum Programm erhob, war offensichtlich gescheitert.

Mit der Erfolglosigkeit der Partei verschärften sich die inneren Fraktionskämpfe immer mehr. Die Mehrheit des Parteivorstandes um die Gründungsmitglieder Rosenfeld und Seydewitz kamen schließlich zu der Überzeugung, die Gründung der SAPD sei vorschnell erfolgt. Man hätte sich von den Massen entfernt, diese nicht von der SPD und der KPD zur neuen Partei ziehen können. Angesichts der sich abzeichnenden faschistischen Diktatur sei die parteipolitische Zersplitterung ein Fehler gewesen. Der Vorstand beschloss mit seiner Mehrheit die Auflösung der Partei und forderte Ende Februar 1933 die Mitglieder auf, „*sich entsprechend ihrer Überzeugung der KPD oder der SPD anzuschließen.*“<sup>101</sup> Dieser Entscheidung widersprach die im Wesentlichen aus ehemaligen KPO-Mitgliedern bestehende Vorstandsminderheit und bereitete einen Parteitag vor, auf dem ein neuer Vorstand gewählt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Partei noch über ca. 15.000 Mitglieder. Tenner und Winkelmann lehnten eine Auflösung der Partei ab – auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Machtübernahme der Nationalsozialisten einen Erhalt von Organisationsstrukturen erforderlich mache. Eine illegale Arbeit war ohne logistische Unterstützung für sie nicht denkbar.

## 7. Von Birkenwerder ins KZ Moringen

Die SAPD hatte schon Ende 1932 damit begonnen, ihre Mitglieder auf die Illegalität vorzubereiten. Vierer- und Fünfergruppen wurden gebildet, Informations- und Transportlinien festgelegt, illegale Quartiere und Treffpunkte vereinbart sowie Abwehrstrukturen geschaffen. Im Februar und März entfalteten die Gruppen noch eine rege Arbeit, indem sie öffentliche Aktionen gegen NSDAP-Veranstaltungen initiierten oder auf diesen als politischer Widerpart auftraten. Flugblätter und im Ausland, vor allem in Prag gedruckte Zeitungen wurden nach Deutschland über Kuriere transportiert und öffentlich ausgelegt oder an Bekannte und Sympathisanten

<sup>100</sup> So fand am 8. Januar 1932 eine gemeinsame Veranstaltung statt, auf der jeweils ein Redner von SAPD, KPO und dem trotzkistischen Leninbund auftraten. Siehe Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, a.a.O., S. 181.

<sup>101</sup> Max Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben, Berlin 1976, S. 289.

verkauft. Nachdem das Zentralorgan, die „Sozialistische Arbeiterzeitung“, mit der Ausgabe

vom 28. Februar 1933 ihr Erscheinen eingestellt hatte, versuchte die SAPD sie durch die mit Unterstützung der Emigrantengruppen in Paris, Prag und den Niederlanden in und rund um Berlin vervielfältigte und in einer Auflage von ca. 2.000 Exemplaren verteilte Zeitschrift „Banner des revolutionären Marxismus – Zeitschrift für Politik und Wirtschaft“ zu ersetzen. Das Blatt sollte Informationen zur Lage in Deutschland geben und Formulierungshilfen für dezentrale Flugblätter liefern. Allerdings besaßen die in Deutschland operierenden Widerstandsgruppen der SAPD nicht genügend finanzielle Mittel, um die Herausgabe der Zeitschrift



SAZ-Titelblatt vom 16.6.1932

zu gewährleisten. Im November 1934 wurde die Herausgabe dann auch eingestellt.<sup>102</sup> Daneben erschien in den ersten Jahren der Illegalität ab Juli 1933 die in Paris erstellte Wochenzeitung „Neue Front – Organ für proletarisch revolutionäre Sammlung“. Auszüge daraus wurden in einer auf Dünndruckpapier erstellten Flugschrift mit dem Titel „Banner der revolutionären Einheit“ zusammengestellt, die unregelmäßig in Monatsabständen für die illegalen Gruppen nach Deutschland gebracht wurde.<sup>103</sup> Die Arbeit war inhaltlich weitgehend an der von der Zentrale herausgegebenen Zielsetzung ausgerichtet. Die von Klaus Zweiling verfasste Broschüre „Der Sieg des Faschismus in



Titelblatt der Wochenzeitschrift „Neue Front“ von Mitte Februar 1936

„Deutschland und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ wies die illegalen Gruppen unmissverständlich an, dort aktiv zu werden, wo das faschistische System die Massen organisiere, vor allem in den Gewerkschaften, aber auch in der SA, der HJ und anderen nationalsozialistischen Vorfeldorganisationen.<sup>104</sup> So beschränkte die Gruppe ihre Aktivitäten nicht nur auf Birkenwerder, sondern besaß auch Kontakte in den Berliner Bezirken Britz und Reinickendorf. Bereits vorher hatte die örtliche Polizei in Birkenwerder aufmerksam beobachtet, „was sich in der Kommunistenvilla von Frida Winkelmann“<sup>105</sup> in der Bergallee 1 an politischen Aktivitäten abspielte.



Titelblatt der SAP-Zeitung „Das Banner der revolutionären Einheit“ vom Januar 1934

Hierbei fiel die Betriebsamkeit auf, die sich im Zusammenhang mit der Tätigkeit einer Widerstandsgruppe notgedrungen ergab, die nach Heike Stange aus drei bis sieben Personen bestanden und Flugschriften verteilt, Klebezettel angebracht und Verfolgte unterstützt haben soll.<sup>106</sup> Unter den Illegalen befand sich auch eine ehemalige Schülerin des Landerziehungsheims, die

<sup>102</sup> Siehe: Jörg Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), Ffm. 1978, S. 136.

<sup>103</sup> Ebenda.

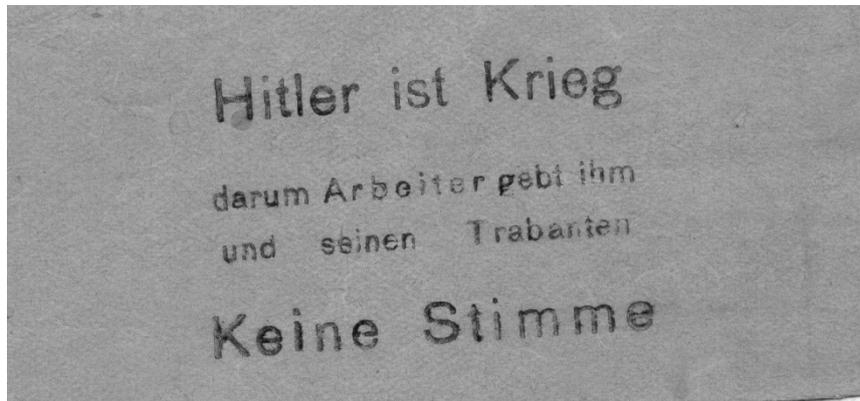
<sup>104</sup> Otto Erbe (Pseudonym von Klaus Zweiling), Der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Aufgaben der Arbeiterklasse, o.O., o. Jg. (1933), S. 72f.

<sup>105</sup> BLHA, Rep. 41, Birkenwerder Nr. 7, Bl. 189.

<sup>106</sup> Heike Stange, Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit, a.a.O., S. 463.

jüdische Sozialistin Eleonore Rosenthal, die mit ihrer Tochter Elisabeth in der Britzer Hufeisensiedlung wohnte.<sup>107</sup>

Im Juli 1933 legte dann die Berliner Bezirksleitung, die gleichzeitig die Rolle der deutschen Inlandsleitung innehatte, fest, dass es zunächst darum gehe, „die Substanz der Partei und die



sozialistische Ideenwelt durch Bildung zuverlässiger Kader zu erhalten, um eines Tages bei einer objektiv gegebenen Situation wieder offensiv zu werden. Alle weit über den Rahmen der eigenen Parteiorganisation hinausgezielten Aktionen, die eine unnötige Gefährdung der Kader mit sich bringen konnten, wurden eingestellt.“<sup>108</sup> Trotz dieser vorsichtigeren Wider-

Illegaler Klebezettel der SAP vom Spätsommer 1933 anlässlich der Volksabstimmung vom 12. November 1933 über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

standspraxis gelang es der Gestapo, einen Teil der Gruppe festzunehmen. Frida Winckelmann wurde am 20. September 1933 in ihrem Haus in Birkenwerder in Anwesenheit des nationalsozialistischen Bürgermeisters wegen des Verdachts kommunistischer Tätigkeit festgenommen<sup>109</sup> und in das Frauengefängnis Barnimstraße<sup>110</sup> nach Berlin transportiert. Zwar wurde ihr vorgeworfen, „kommunistische Hetzer“ versteckt zu haben, und die Polizei beschlagnahmte auch Material,<sup>111</sup> doch es kam zu keinem Prozess. Vielmehr wurde sie im November 1933 als „Schutzhäftling“ aus dem Frauengefängnis in das gerade eröffnete Frauen-KZ Moringen überführt.<sup>112</sup> Ob die Verhaftung mit der Zerschlagung der Berliner Bezirksleitung in Verbindung stand, ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen. Am 22. August 1933 wurde bei einer Zusammenkunft in einem Lokal am Askanischen Platz die gesamte Leitung (bis auf den nicht anwesenden Walter Fabian) von der Gestapo festgenommen. Es war der Gestapo gelungen, einen Kurier abzufangen und ihn durch einen Spitzel zu ersetzen. Aufgrund der unter schwerer Folter erpressten Aussagen<sup>113</sup> kam es in der Folgezeit zu einer Reihe weiterer Festnahmen, die die Berliner SAP-Gruppen so schwächten, dass sie sich von dem Aderlass nicht mehr erholen konnten. „Bis zum November 1933 war der größte Teil des Berliner SAP-Apparates zerschlagen“, urteilte Hans-Rainer Sandvoß.<sup>114</sup>

## 8. Die Lehrerin im KZ Moringen

In Moringen, nahe der niedersächsischen Gemeinde Northeim, richteten die Nationalsozialisten Deutschlands erstes Frauenkonzentrationslager ein. Es entstand auf einem Gelände, das im 17. Jahrhundert zunächst als Waisenhaus, später dann als Landeswerkhaus und Arbeitshaus diente.

<sup>107</sup> Karin Kuckuk, *Im Schatten der Revolution*, a.a.O., S. 20f. sowie Udo Gößwald, Barbara Hoffmann, *Das Ende der Idylle?*, a.a.O., S. 338.

<sup>108</sup> Max Köhler, zit. nach: Hans-Rainer Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt, Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945*, Berlin 2007, S. 192.

<sup>109</sup> BLHA, Rep. 41, Birkenwerder Nr. 7, Bl. 143.

<sup>110</sup> Über die Geschichte des Frauengefängnisses Barnimstraße und die dortigen Haftbedingungen siehe: Claudia von Gélieu, *Frauen in Haft. Gefängnis Barnimstraße. Eine Justizgeschichte*, Berlin 1994.

<sup>111</sup> BLHA, Rep. 41, Birkenwerder Nr. 7, Bl. 151.

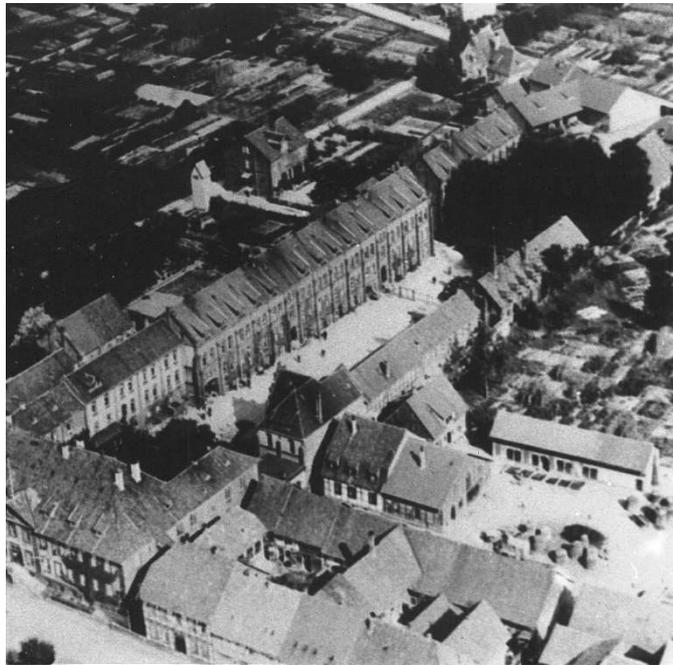
<sup>112</sup> Heike Stange, Dokumentation, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), *Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen*, Bd. 20, Weimar 2003, S. 69.

<sup>113</sup> Siehe: Stefan Szende, *Zwischen Gewalt und Toleranz*, Ffm. 1975, S. 16.

<sup>114</sup> Hans-Rainer Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt*, a.a.O., S. 194.

Nach den ersten Monaten, die es im Jahr 1933 als Männer-KZ genutzt worden war, wurden im November desselben Jahres die ersten weiblichen Häftlinge dort eingeliefert. Zur Zeit der Überstellung Frida Winkelmanns in das KZ Moringen sind 141 „weibliche Schutzhäftlinge“ dokumentiert.<sup>115</sup> Die inhaftierten Männer waren bereits auf andere Standorte verteilt.

Neben den politischen Gefangenen wurden vor allem Mitglieder der Zeugen Jehovas in Moringen inhaftiert. Sie bildeten im Lager Moringen die größte Häftlingsgruppe.<sup>116</sup> Die Zeugen Jehovas lehnten den Nationalsozialismus und seine Ideologie aus religiöser Überzeugung ab, beispielsweise verweigerten sie mit Verweis auf die göttliche Obrigkeit den „Hitlergruß“, die Mitgliedschaft in Organisationen wie z. B. die „Deutsche Arbeitsfront“, und den Kriegsdienst. Deshalb wurden sie früh von Seiten des NS-Regimes bekämpft.<sup>117</sup> Später kamen weitere Häftlingsgruppen hinzu. Hierbei handelte es sich um Prostituierte, sog. „Rassenschänderinnen“, „Berufsverbrecherinnen“, eine Gruppe von Frauen, die auf Grund „abfälliger Äußerungen“ in dem KZ inhaftiert waren, Jüdinnen und Minderjährige, die von den Fürsorgebehörden in das KZ abgeschoben worden waren. Doch während der Haftzeit von Frida Winkelmann waren es in erster Linie politisch linksstehende Frauen, die von den Nazis wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit verfolgt und festgenommen worden waren. Insgesamt waren während der Existenz des Frauen-KZ von Oktober 1933 bis Februar 1938 in Moringen 1350 Frauen inhaftiert.<sup>118</sup>



Frauen-KZ Moringen

Im ersten Jahr seines Bestehens unterschied sich das KZ deutlich von den späteren Frauen-KZ. Die Wachmannschaft gehörte nicht zur SS, sondern kam aus der NS-Frauenschaft. Es gab weder Häftlingskleider noch eine äußere Kennzeichnung der Häftlingsgruppen durch Winkel. Auch Prügelstrafen wurden noch nicht verhängt. Das Essen war zwar eintönig und wenig schmackhaft, aber es grassierte kein Hunger im Lager.<sup>119</sup>

Dennoch zehrten die Haftbedingungen an den inhaftierten Frauen. Die psychische Belastung war enorm. Es gab Selbstmordversuche, eine Frühgeburt starb und die Ungewissheit ihrer Entlassung, dazu die Enge der Räumlichkeiten lasteten schwer auf den Frauen. In einem Zeitungsartikel wird das Lager folgendermaßen charakterisiert: „Das Frauen-KZ Moringen war kein Großlager, schon gar kein Vernichtungslager, aber dennoch eine brutal operierende Einrichtung mit dem Ziel, Menschen zu zerbrechen.“<sup>120</sup> Vor allem die Monotonie, zu der die Frauen verurteilt waren, machte das Lagerleben zur Qual. Die Häftlinge waren den ganzen Tag über

<sup>115</sup> Martin Guse, Das Frauen-KZ Ausstellungskatalog, Liebenau, 1997.

<sup>116</sup> Zur Geschichte des Frauen-KZ Moringen siehe: Hans Hesse, Das Frauen-KZ Moringen 1933-1938, hrsg. von der Lagergemeinschaft und KZ-Gedenkstätte Moringen, Göttingen 2000.

<sup>117</sup> Siehe hierzu: Christoph Wilker, Der religiös motivierte Widerstand der Zeugen Jehovas gegen das NS-Regime, in: NS-Dokumentationszentrum München (Hrsg.), Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in München 1933-1945, Berlin 2018.

<sup>118</sup> Martin Guse, Das Frauen-KZ Ausstellungskatalog, a.a.O.

<sup>119</sup> Zu den Häftlingsgruppen und den Haftbedingungen siehe im Einzelnen: Hans Hesse, Das Frauen-KZ Moringen 1933-1938, a.a.O.

<sup>120</sup> Göttinger Tageblatt vom 7.11.2000.

gezwungen, sich in einem Tagesraum an einem festen Platz aufzuhalten, der lediglich mit groben Holztischen und -bänken ausgestattet war. In ihm spielte sich nahezu der gesamte Tagesverlauf ab: essen, frisieren, handarbeiten, ausziehen und anziehen.

Geschlafen wurde in einem Raum unter dem Dach, den die ehemalige Inhaftierte Hanna Elling in einem Radiointerview mit den folgenden Worten beschrieb: *„Die Nächte waren schwer zu ertragen, wir schliefen in je zwei übereinander gestellten Betten unter dem Dach. Der Raum war nicht heizbar und in der Mitte stand ein großer Kübel.“*<sup>121</sup>

Die gesamte Unterbringung war von einer bedrückenden Enge geprägt, die Räume waren überfüllt, eine Privatsphäre existierte nicht. Erschwert wurde die Situation durch das Fehlen einer regelmäßigen Beschäftigung. In der o. g. Sendung berichtete die Kommunistin Anni Pröll: *„In der Anfangszeit des KZ Moringen waren kaum Arbeiten vorhanden, da in der Region kaum Betriebe waren, wo größere Mengen von Häftlingen untergebracht werden konnten. Dennoch mussten sie arbeiten und zwar für das Winterhilfswerk Kleidung ausbessern und teilweise Arbeitseinsätze auf den Feldern rundherum in der Landwirtschaft. Diese Arbeiten wurden sogar teilweise als Befreiung empfunden, zumindest 1 oder 2 Std. am Tag aus diesen Räumlichkeiten herauszukommen.“*<sup>122</sup> Die „Schutzhaft“ galt zunächst für die



Anna Pröll

Dauer von drei Monaten, an deren Ende der Lagerdirektor einen Führungsbericht für die Gestapo verfasste, die dann über die Entlassung oder die Verlängerung der „Schutzhaft“ um weitere drei Monate entschied. Der Lagerdirektor Hugo Krack, ein ehemaliger Lehrer, war als



Frida Winkelmann

Deutschnationaler erst 1933 der NSDAP beigetreten und verstand das Lager als eine Art Erziehungslager, in der die Häftlinge zu Mitgliedern der Volksgemeinschaft geformt werden sollten. Dabei wandte er wilhelminisch geprägte Erziehungsmethoden an, z. B. Essensentzug, Postsperrung, Kontaktsperre oder Isolationshaft im Keller. Gegenüber den Erfahrungen, die einzelne Frauen später in anderen Konzentrationslagern gemacht haben, schilderten sie das Verhalten des Lagerdirektors Krack als erträglich und berechenbar. Damit wollten die Frauen aber nicht sagen, dass Krack sich nicht an den Zielen der nationalsozialistischen Haft orientiert hätte. Im Gegenteil. Wer die Lagerordnung seiner Meinung nach verletzt hatte oder seinen Anordnungen nicht sofort nachkam, musste mit Strafen rechnen, wobei er oft die Isolationshaft anordnete.<sup>123</sup> Die Rechtlosigkeit der Inhaftierten wurde den Frauen ständig vor Augen geführt und bestimmte zu einem wesentlichen Teil das Lagerleben.

In dieser Lageratmosphäre galt es, den Mithäftlingen Mut zu machen, dem Alltag einen Sinn zu geben und der Konkurrenz und Vereinzelung der Frauen etwas entgegenzusetzen. Als

Pädagogin wusste Frida Winkelmann um die existentielle Notwendigkeit, die Hoffnung auf

<sup>121</sup> Die Vergangenheit lehrt uns vieles über die Zukunft. Frauen-KZ Moringen, Sendung des Stadtradios Göttingen vom 26.1.2001.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> Ebenda.

eine Zukunft in dieser trostlosen Gegenwart nicht verkümmern zu lassen. So nutzte sie den Umstand aus, dass die Frauen abends in dem Schlafraum unbewacht waren. Sie bot den Mitgefänglingen Gespräche an, die im Laufe der Zeit die Form von Unterricht annahm, wie aus der Schilderung der zur gleichen Zeit in Moringen eingesperrten Kommunistin Rita Sprengel hervorgeht: „*Da viele Kameradinnen nur ganz unzureichende Schulbildung hatten, wurde mit Deutschunterricht begonnen (Rechtschreibung, Grammatik, Literatur). Um alle Kameradinnen mit den Grundrechenarten vertraut zu machen, wurde auch in diesem Fach unterrichtet. (...) Genossin Winckelmann (sic!), eine erfahrene Volksschullehrerin, war dafür die ideale Pädagogin.*“<sup>124</sup> Ein Ergebnis dieser „Weiterbildung“ bestand in der Schaffung von Offenheit und Vertrauen unter den Teilnehmerinnen, so dass sich die politischen Häftlinge nicht nur mit der deutschen Sprache und den Grundlagen der Mathematik auseinandersetzten, sondern auch über politische Fragen diskutierten.<sup>125</sup> Nicht vergessen werden darf, dass die Frauen den kleinen Freiraum, den ihnen der nächtliche Schlafraum bot, auch zu aufmunternder Unterhaltung genutzt haben. „*Fasching haben wir uns mit die (sic!) Winterhilfsklamotten einmal alle maskiert, aber erst abends im Schlafsaal, als keine Aufseherin mehr da war,*“ erinnert sich die Kommunistin Hilde Faul an einen der wenigen fröhlichen Momente im Lager.<sup>126</sup>

Insgesamt 6 Monate musste Frida Winckelmann in Moringen zubringen, dann wurde sie aus der „Schutzhaft“ entlassen. Vorher musste sie aber noch im Büro des Lagerdirektors in Anwesenheit eines Gestapobeamten eine „*Verpflichtungserklärung*“ unterzeichnen: „*Ich verpflichte mich nach meiner Entlassung aus der Schutzhaft mich jeder umstürzlerischen staatsgefährdenden Tätigkeit zu enthalten. Ich bin darüber belehrt, dass ich keine Ersatzansprüche gegenüber dem Staat aufgrund der erfolgten Inschutzhaftnahme habe. Falls meine Sicherheit bedroht erscheint, kann ich mich freiwillig in politische Haft begeben.*“<sup>127</sup>

## 9. Die letzten Jahre

Am 19. April 1934 stand Frida Winckelmann nicht nur vor dem Tor der Haftanstalt, sondern auch vor der Frage nach dem Aufenthalt in der nächsten Zeit. Eine Rückkehr nach Birkenwerder war nicht möglich, da das Haus inzwischen enteignet und sie zur unerwünschten Person erklärt worden war.<sup>128</sup> Bei der Suche nach einer neuen Bleibe kamen Frida Winckelmann ihre



Eleonore Rosenthal mit ihrer Tochter Elisabeth im Garten der Wohnung Fritz-Reuter-Allee 26

vielfältigen Kontakte aus der Zeit vor ihrer Verhaftung zugute. Ihre alte Freundin und Genossin Eleonore Rosenthal bot ihr an, in ihre Wohnung in der Britzer Hufeisensiedlung, Fritz-Reuter-Allee 26 einzuziehen. Wenig später gelang es Eleonore Rosenthal in der unmittelbaren Nähe eine etwas größere Wohnung in der Rudower Allee 49a zu finden, so dass die Wohnsituation für Eleonore Rosenthal, ihre Tochter Elisabeth und für Frida Winckelmann erträglicher wurde.<sup>129</sup> Unerträglicher für die beiden befreundeten Frauen war allerdings der Umstand, dass die neue Wohnung wiederum unter Beobachtung gestellt wurde, diesmal von

<sup>124</sup> Rita Sprengel, *Der rote Faden*, Berlin 1994, S. 151.

<sup>125</sup> Siehe: Martin Guse, *Das Frauen-KZ Ausstellungskatalog*, a.a.O.

<sup>126</sup> Die Vergangenheit lehrt uns vieles über die Zukunft. *Frauen-KZ Moringen*, Sendung des StadtRadios Göttingen vom 26.1.2001.

<sup>127</sup> Ebenda.

<sup>128</sup> BArch, SAPMO DY 55/V 278/4/114, Fragebogen Ella Dietrich (ohne Seitenangabe).

<sup>129</sup> Karin Kuckuk, *Im Schatten der Revolution*, a.a.O., S. 22.

der Gestapo. Diese vermutete, „*dass in der Wohnung Zusammenkünfte der K.P.D. (...) stattfinden*“ würden.<sup>130</sup> Hinzu kam, dass die Jüdin Eleonore Rosenthal, deren Mann sich seit 1932 in die Sowjetunion befand, durch die ständigen juristischen Beschränkungen der Nazi-Herrschaft ihr Leben immer weiter einschränken musste und kaum noch eine feste Arbeitsstelle finden konnte. 1937 musste sie schließlich die Wohnung aufgeben und fand mit ihrer Tochter Unterkunft in einem illegalen Quartier in Berlin-Westend.<sup>131</sup> Diese Entwicklung bedeutete für Frida Winkelmann ebenfalls den Verlust der Wohnung. Doch auch im fünften Jahr der faschistischen Herrschaft war sozialistische Solidarität in der Britzer Siedlung nicht völlig zerstört. Eine befreundete Familie aus der Nachbarschaft nahm sie in das kleine Reihenhaus in der Malchiner Str. 47 auf.<sup>132</sup> Nach Karin Kuckuk soll sich Frida Winkelmann auch hier, solange es ihre Gesundheit zuließ, im antifaschistischen Sinne engagiert haben. Am 4. November 1943 ist sie nach längerer Krankheit verstorben.<sup>133</sup>



**Malchiner Straße in der Britzer Krugpfuhlsiedlung**

## 10. Die Wendehäule von Birkenwerder



**Bergallee 1 in Birkenwerder**

Im April 1948 beschloss der Gemeinderat von Birkenwerder auf Anregung eines Antifaschisten aus dem ehemaligen örtlichen Einheitskomitee die Bergallee, in der sich das Landschulheim von Frida Winkelmann befunden hatte, nach ihr zu benennen. Diese Ehrung währte jedoch nur bis in die Wendezeit. Im Jahr 1993 entschied der Gemeinderat, die erneut dem gesellschaftlichen „Mainstream“ nicht entsprechende Persönlichkeit ein zweites Mal aus Birkenwerder zu verdammen. Die Straße wurde wieder in Bergallee rückbenannt. Ohne sich mit der Lebensleistung der ehemaligen Einwohnerin näher auseinanderzusetzen und ihren Kampf für eine auf Chancengerechtigkeit ausgerichtete Pädagogik und um eine sozial gerechte, demokratische Gesellschaft zu würdigen, wurde ihr Name aus der Öffentlichkeit des Ortes gestrichen. „*Als Persönlichkeit von Birkenwerder erscheint sie als zu gering profiliert*“, heißt es in der Beschlussbegründung.<sup>134</sup>

Mit Verlaub, wir sind da anderer Meinung.

<sup>130</sup> BLHA, Rep. 41, Birkenwerder Nr. 7, Bl. 185.

<sup>131</sup> Siehe: Udo Gößwald, Barbara Hoffmann, *Das Ende der Idylle?*, a.a.O., S. 338.

<sup>132</sup> Berliner Adressbuch 1938.

<sup>133</sup> Karin Kuckuk, *Im Schatten der Revolution*, a.a.O., S. 22.

<sup>134</sup> Heike Stange, *Zwischen Eigensinn und solidarischer Zusammenarbeit*, a.a.O., S. 463f.

## 11. Über unsere Initiative

„Hufeisern gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Anwohner\*innen der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung in Berlin-Britz. Seit 2012 streiten wir gegen rechte Gewalt und Ideologie und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen. Unser Engagement steht in der humanistischen Tradition unserer Siedlungen, deren Entstehung eng mit dem Kampf um eine sozial gerechte und lebenswerte Gesellschaft verbunden ist. Unsere Aktivitäten richten sich in erster Linie an unsere Nachbar\*innen, die Bewohner\*innen unserer Siedlungen. In unseren Aktivitäten stellen wir das Gemeinsame in den Vordergrund – ohne das Trennende zu übersehen.



26. Februar 2022 in der Hufeisensiedlung: „Die Waffen nieder!“ Menschenkette gegen den russischen Überfall auf die Ukraine

**In ähnlicher Aufmachung hat die Anwohner\*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ bisher folgende Broschüren herausgegeben:**

1. Stanislaw Kubicki – ein deutsch-polnischer Avantgardist aus der Hufeisensiedlung, Berlin 2014, 2. Auflage Berlin 2018. (vergr.)
2. Margarete Kubicka, „Du nicht, du bunte Narrenwelt, du nicht“, Berlin 2015. (vergr.)
3. Margarete Kubicka, Illustrationen zu dem Roman „Die drei Sprünge des Wang-lun“ von Alexander Döblin, Berlin 2015. (vergr.)
4. Georg Obst – ein Britzer Sozialdemokrat im Widerstand, Berlin 2016. (vergr.)
5. Wienand Kaasch – Gewerkschafter, Kommunist, Widerstandskämpfer, Berlin 2017. (vergr.)
6. Adolf Mockrauer – jüdischer Apotheker der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung. Bei den Anwohner\*innen beliebt und anerkannt, von den Nazis terrorisiert, zur Flucht gezwungen und im chilenischen Exil in den Tod getrieben, Berlin 2018.
7. Rudolf Peter – „Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!“ – Widerstandskämpfer der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 2018.
8. Gertrud Seele – wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung von den Nazis ermordet, Berlin 2018.
9. Charlotte Adel, Widerstandskämpferin, Mitglied der SAPD, Berlin 2018. (vergr.)
10. Leon Hirsch – jüdischer Verleger, Buch- und Kunsthändler, Berlin 2019, 2. Auflage Berlin 2022.
11. Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 1), Berlin 2019. (vergr.)
12. Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 2), Berlin 2020. (vergr.)
13. Margarete Kubicka – Künstlerin, Pädagogin, Anarchistin und Antifaschistin, Berlin 2020.
14. Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung – eine verdrängte Geschichte, Berlin 2021.
15. Gegen Krieg und Faschismus, für Frieden und Freiheit kämpften und starben die Antifaschist\*innen Werner und Elfriede Schaumann, Berlin 2021.
16. „Was blieb uns anderes übrig, als die Völker zu informieren, was der Faschismus gegen sie im Schilde führte.“ Friedrich Rehmer – Rote Kapelle, Berlin 2022.